

Geschäftsbericht 2014

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht

Jahresabschluss

- Bilanz

- Gewinn- und Verlustrechnung

- Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrates

Die im Folgenden dargestellten Zahlenangaben sind maschinell gerundet. Es können sich daher darstellungsbedingt Rundungsabweichungen ergeben.

Lagebericht

Grundlagen des Vereins

Geschäftsmodell des Vereins

Die Freie Arzt- und Medizinkasse der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG (FAMK) wurde im Jahre 1911 als Selbsthilfeeinrichtung der Beamten der Feuerwehr mit einem organisierten Ärzte- und Apothekernetz gegründet. Der in die Selbsthilfeeinrichtung einbezogene Personenkreis wurde im Jahr 1946 um die Polizeibeamten der städtischen Polizei und zu einem späteren Zeitpunkt noch um Beamte in verwandten Tätigkeitsfeldern erweitert. Die Ausrichtung der FAMK blieb über den Zeitraum von über 100 Jahren hinsichtlich Zielgruppen und Leistungsumfang weitgehend unverändert. Durch den gelebten Vereinsgedanken ist die FAMK in Hessen in der Zielgruppe der Beamten der Berufsfeuerwehren, der Polizei, der Justiz, des Strafvollzugs, der Steuerfahndung und der Gefahrenabwehrbehörden sowie in deren Verwaltungen stark verwurzelt. Die FAMK ist innerhalb dieser Zielgruppen der führende Krankenversicherer in Hessen.

Die FAMK bietet ihren Mitgliedern aus Hessen privaten Versicherungsschutz bei Erkrankungen und Unfällen in Verbindung mit einem einzigartigen Service hinsichtlich der Beihilfeberatung sowie der Beihilfeabwicklung samt Vorfinanzierung. Das Wachstum des Unternehmens ist aufgrund der satzungsmäßigen Beschränkung auf die Zielgruppen allerdings im hohen Maße abhängig vom Einstellungsverhalten der entsprechenden Dienstherrn. Die Einstellungszahlen waren in den letzten Jahren eher niedrig.

Tarifwerk

Die FAMK betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft für folgende Versicherungsart:

- Krankheitskostenvollversicherung

Seit dem 21.12.2012 werden im Neugeschäft nur noch Tarife mit geschlechtsunabhängig kalkulierten Beiträgen angeboten (Unisex-Tarife). Bis zum 20.12.2012 verwendete die FAMK bei der Kalkulation ihrer Tarife grundsätzlich unterschiedliche Rechnungsgrundlagen für Frauen und Männer.

Standort

Die FAMK hat ihren Sitz seit der Gründung des Vereins in Frankfurt am Main. Die Geschäftsräume befinden sich in der Hansaallee 154 in Frankfurt am Main unweit des Polizeipräsidiums und der Feuer- und Rettungswache 1 und beinhaltet auch ein modernes Service- und Beratungszentrum, um den Mitgliedern optimalen Service anbieten zu können.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft auf moderatem Expansionspfad

Die globale Wirtschaft behielt im Jahr 2014 das moderate Wachstumstempo des Jahres 2013 bei, erholte sich aber noch nicht vollständig von den Folgen der Finanzkrise. Das Wirtschaftswachstum betrug etwa 2,6%.

Der starke Rückgang der Ölpreise seit Mitte 2014 verlieh der Weltwirtschaft zwar einen Schub, schwächte aber zugleich das Wachstum in den Öl exportierenden Ländern. Die Bemühungen des öffentlichen und privaten Sektors, ihre angespannte Verschuldungslage zu verbessern, belasteten auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin die Wirtschaft. Nach wie vor war die Geldpolitik in den USA und in Europa jedoch sehr expansiv, so dass insgesamt günstige Finanzierungsbedingungen einen Wachstumsimpuls für Privathaushalte und Unternehmen darstellten. Die Inflationsraten für das Jahr 2014 fielen moderat aus.

Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2014 weiterhin stärker als die Wirtschaft in den meisten anderen europäischen Staaten.

Die Stützen der Konjunktur waren der private Konsum und die Staatsausgaben, maßgeblich bedingt durch das hohe Beschäftigungsniveau und die steigenden Reallöhne. Die Konsumneigung blieb auf einem hohen Niveau.

Im Verlauf des Jahres hatte sich das Wirtschaftswachstum nach einem starken ersten Quartal zunächst deutlich abgeschwächt, wobei insbesondere die Unternehmensinvestitionen hinter den Erwartungen zurückblieben, auch aufgrund der ausbleibenden wirtschaftlichen Dynamik im Euroraum und der Verunsicherung durch erhöhte geopolitische Risiken. In den letzten Monaten des Jahres setzte jedoch eine Erholung ein, getrieben von einem starken Arbeitsmarkt und starkem Konsum. Diese zeigt sich auch in einer verbesserten Stimmung der Unternehmen.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5% an, nachdem im Jahr 2013 nur ein leichtes Plus von 0,1% erreicht wurde. Infolge dieser positiven Entwicklung liegen die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf Rekordniveau. Mit 42,7 Millionen Beschäftigten wurde zum achten Mal in Folge ein neuer Beschäftigungsrekord erreicht, und im Gegenzug sank die Arbeitslosenquote weiter.

Der Staatshaushalt war im Jahr 2014 zum ersten Mal seit 45 Jahren ausgeglichen. Eine stetige und verlässliche Politik der Schuldenbegrenzung schafft Vertrauen bei Unternehmen und Arbeitnehmern und ist zugleich eine wichtige Grundlage für zukünftige Investitionen und Wachstum.

Lagebericht

Die Versicherungsbranche positioniert sich

Die deutsche Versicherungswirtschaft meisterte im Jahr 2014 die anhaltend schwierige Situation im Niedrigzinsumfeld erfolgreich und erzielte ein respektables Geschäftsergebnis. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte war insgesamt günstig, die Sparquote stieg in Deutschland sogar wieder leicht an.

Entwicklung der privaten Krankenversicherung

Das Jahr 2014 war insgesamt ein gutes Jahr für die private Krankenversicherung (PKV). Während die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in über zwanzig Gesetzen und Verordnungen reguliert wurde, bewährte sich das PKV-Modell ohne nennenswerte gesetzliche Eingriffe – und dies trotz schwieriger Umstände, wie der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Die PKV nutzte ihre Spielräume, setzte ihre Reformagenda fort und war dadurch Ende 2014 noch besser aufgestellt als Ende 2013. Die Verabschiedung des Tarifwechsel-Leitfadens verdeutlichte, dass die Versicherten in der PKV echte Wahlfreiheiten und Alternativen haben, auch in schwierigen Lebenslagen, und dass die Variationsmöglichkeiten von Preis und Leistung in der PKV bedeutend größer sind als jene durch das Kassenwahlrecht in der GKV.

Günstig auf die Entwicklung der Branche wirkten sich die erneut äußerst geringen Beitragsanpassungen im Markt aus.

Die Beitragseinnahmen in der PKV stiegen im Jahr 2014 leicht an, die Beitragssteigerung betrug 0,7%. Die mögliche langfristige Auswirkung der Einführung des Notlagentarifs zum 01.08.2013 auf die Beitragsentwicklung wird als eher gering eingeschätzt.

Das Wachstum des Vollversicherungsbestandes wurde durch Einflussfaktoren gedämpft, wie etwa das Rekordniveau der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die demographische Entwicklung und die Abkehr der meisten PKV-Unternehmen vom Niedrigpreissegment. Außerdem motivierte die positive Situation auf dem Arbeitsmarkt viele privatversicherte Kleinselfständige zu einem Wechsel in ein Arbeitnehmerverhältnis – und damit in die GKV.

Das in der Zusatzversicherung zu verzeichnende deutliche Wachstum wirkte der Entwicklung in der Vollversicherung entgegen.

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnisse im Überblick

Das Geschäftsjahr verlief für die FAMK zufriedenstellend. Auch im abgelaufenen Jahr konnte das Unternehmen die Position als bedeutender Krankenversicherer innerhalb der Zielgruppen in Hessen verteidigen.

Die gebuchten Bruttobeiträge gingen von T€ 47.162 im Vorjahr um 1,1% auf T€ 46.654 zurück. Nach dem starken Anstieg im Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr nur moderat auf T€ 33.290 (Vorjahr T€ 32.759).

Die Kapitalanlagen trugen, wie in den Vorjahren, einen hohen Anteil zu dem Gesamtergebnis bei, obwohl sich nach dem sehr guten Ergebnis des Vorjahres die Kapitalerträge um 9,1% auf T€ 9.589 (Vorjahr T€ 10.553) reduzierten.

Insgesamt konnte der Gesamtüberschuss von T€ 5.133 im Vorjahr um 6,9% auf T€ 5.486 gesteigert werden. Somit können im Geschäftsjahr erneut hohe Beträge der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugunsten der Mitglieder zugeführt und das Eigenkapital des Unternehmens im Hinblick auf die zukünftigen europäischen Eigenmittelanforderungen nach „Solvency II“ aufgestockt werden. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden aus dem Gesamtüberschuss T€ 4.486 zugeführt. Sie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€ 21.283. Das Eigenkapital des Unternehmens wurde um T€ 1.000 gestärkt und beträgt nun T€ 11.000.

Der Vergleich der Aussagen im Prognosebericht des letztjährigen Geschäftsberichts mit den Geschäftsergebnissen 2014 zeigt folgendes Bild: Der prognostizierte leichte Bestandsrückgang ist eingetreten. Wie erwartet sind auch die Beitragseinnahmen aufgrund der geringen Beitragsanpassungen für die Mitglieder und dem rückläufigen Bestand leicht gesunken. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind erwartungsgemäß nur moderat angestiegen. Durch den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen und dem gleichzeitigen Rückgang der Beitragseinnahmen wurde die prognostizierte Verwaltungskostenquote von etwas über 3% mit 3,59% leider deutlich übertroffen. Dagegen lag die Nettoverzinsung mit 3,90% wie erwartet leicht unter 4%. Der Rohüberschuss war wie erwartet rückläufig.

Lagebericht

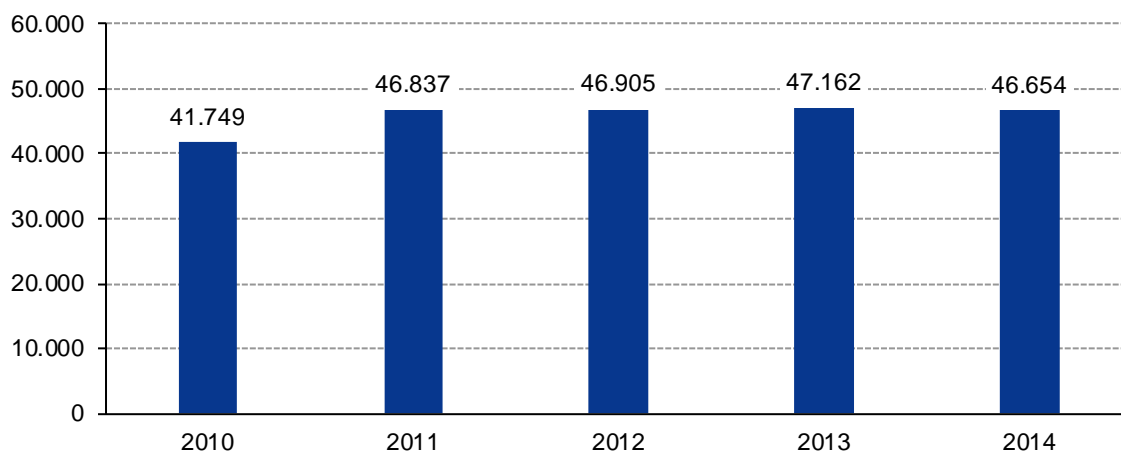
Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge reduzierten sich im Geschäftsjahr um T€508 bzw. 1,1% auf T€46.654 nach T€47.162 im Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zum 01.01.2014 leichte Beitragssenkungen im Bestand wirksam wurden.

Wie alle gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen ist auch die FAMK von der Nichtzahlerproblematik betroffen. Die zum 01.01.2009 eingeführte gesetzliche Versicherungspflicht führte im Ergebnis dazu, dass säumigen Beitragszahlern nicht mehr gekündigt werden kann. Die betroffenen Versicherungsverhältnisse waren seitdem vielmehr ruhend zu stellen und schließlich in den Basistarif umzustellen. Die wirtschaftlichen Belastungen für die diesen Versicherten gesetzlich zustehenden Notfallleistungen und die Beitragsausfälle waren von den Versicherern sowie der Gemeinschaft der vertragstreuen Versicherungsnehmer zu tragen. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert und per 01.08.2013 den Notlagentarif eingeführt. Dieser sieht vor, dass Nichtzahler nach Abschluss des Mahnverfahrens bei Einführung des Notlagentarifs auch rückwirkend in den Notlagentarif umgestellt werden. Der Notlagentarif regelt die Versorgung bei akuten Erkrankungen zu deutlich reduzierten Beiträgen. Trotz der Umstellung in den Notlagentarif konnte das neue Gesetz das Problem nicht lösen. Zum Bilanzstichtag waren 99 Versicherungsverhältnisse (Vorjahr 87 Versicherungsverhältnisse) als ständige Nichtzahler einzustufen. Die Wertberichtigung der Forderungen an diese ständigen Nichtzahler war im Jahr 2014 um T€57 (Vorjahr Auflösung T€254) zu erhöhen, was die Beitragseinnahmen zusätzlich belastete.

Aus den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Geschäftsjahr T€3.179 (Vorjahr T€309) entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt. Dieser Betrag wurde für Limitierungen von Beitragserhöhungen im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet.

Gebuchte Bruttobeiträge in T€



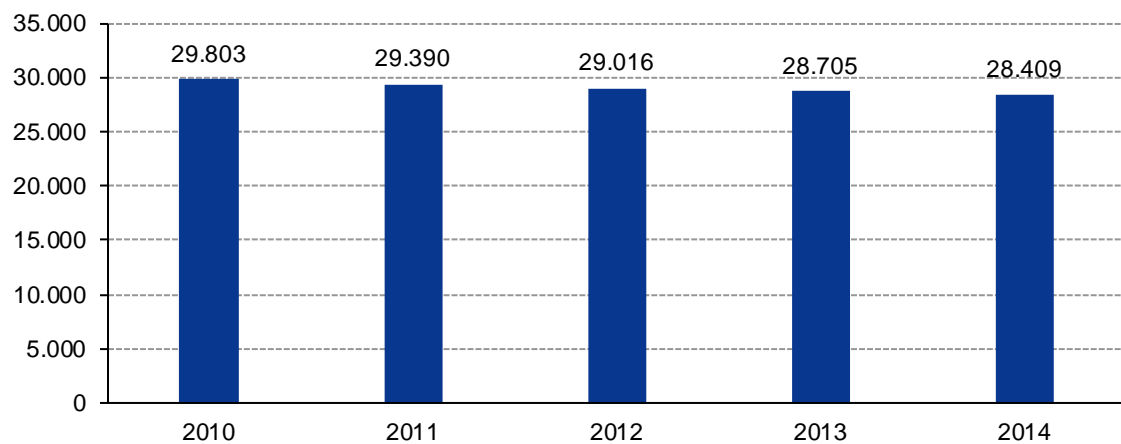
Lagebericht

Bestandsentwicklung

Der Rückgang des Versichertenbestandes setzte sich auch im Geschäftsjahr fort. Die Anzahl aller bei der FAMK versicherten natürlichen Personen sank um 1,0% auf 28.409 Personen nach 28.705 Personen im Vorjahr.

Aufgrund der erneut nur geringen Einstellungszahlen der Dienstherren im Land Hessen konnte das Neugeschäft die Abgänge nicht kompensieren.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen



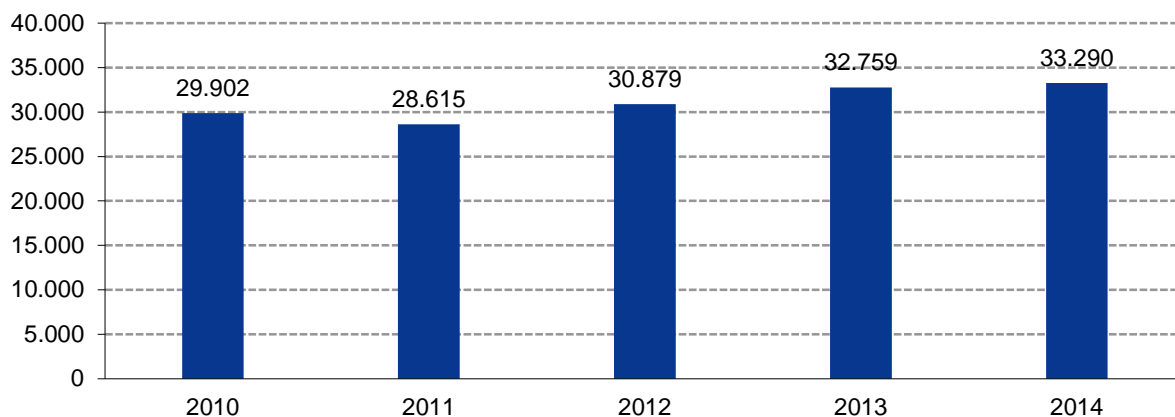
Lagebericht

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich im Geschäftsjahr um T€531 bzw. 1,6% auf T€33.290 nach T€32.759 im Vorjahr. Dem Anstieg liegen um 8,4% gestiegene Zahlungen für Versicherungsfälle zugrunde, denen eine im Geschäftsjahr vorzunehmende Auflösung der Schadenreserve um T€600 (Vorjahr Zuführung T€1.500) gegenüberstand. Von den Zahlungen für Versicherungsfälle einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen wurden T€26.058 (Vorjahr T€24.396) für Geschäftsjahresschäden und T€7.832 (Vorjahr T€6.863) für Vorjahres-schäden getätigt.

Die Schadenquote betrug 81,7% (Vorjahr 81,2%). Diese Quote zeigt, in welchem Umfang die Beitragseinnahmen unmittelbar in Versicherungsleistungen und Alterungsrückstellungen fließen. Sie umfasst damit nicht nur die Aufwendungen für gegenwärtige Erstattungsleistungen, sondern auch die Zuführungen zu den Alterungsrückstellungen für das mit dem Alter wachsende Krankheitskostenrisiko.

Aufwendungen für Versicherungsfälle in T€



Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb umfassen die Abschluss- und die Verwaltungsaufwendungen.

Die Abschlussaufwendungen sind von T€713 im Vorjahr auf T€684 gesunken. Die Abschlusskostenquote betrug 1,47% (Vorjahr 1,51%).

Dagegen sind die Verwaltungsaufwendungen auf T€1.675 (Vorjahr T€1.518) gestiegen. Hierin spiegeln sich die tariflichen Anpassungen bei den Angestelltegehältern sowie höhere laufende Aufwendungen für den Betrieb der im Vorjahr bezogenen Geschäftsräume der FAMK wider. Die Verwaltungskostenquote erhöhte sich auf 3,59% nach 3,22% im Vorjahr.

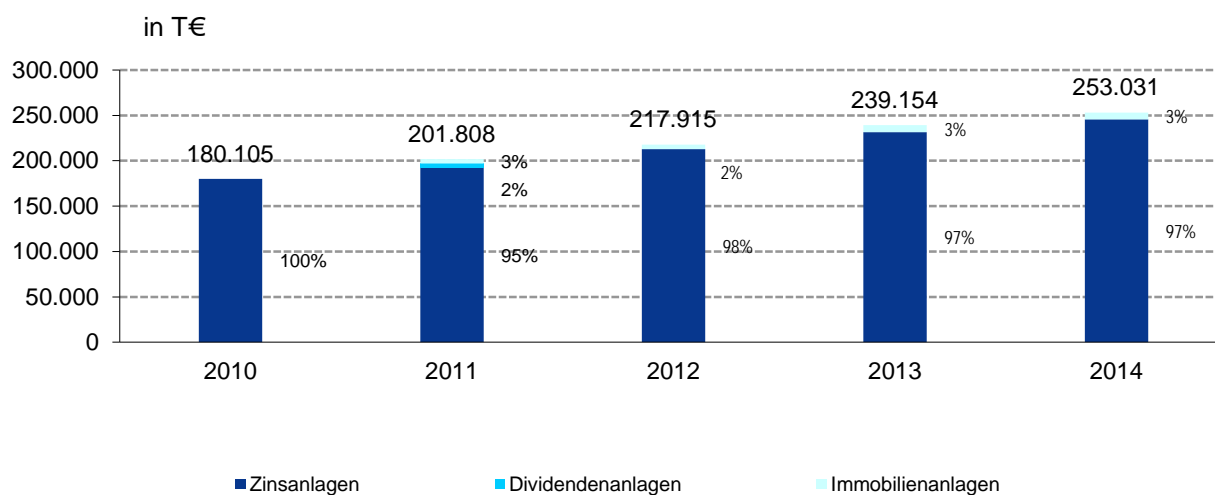
Lagebericht

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 5,8% auf T€ 253.031 (Vorjahr T€ 239.154).

Entwicklung der Kapitalanlagen



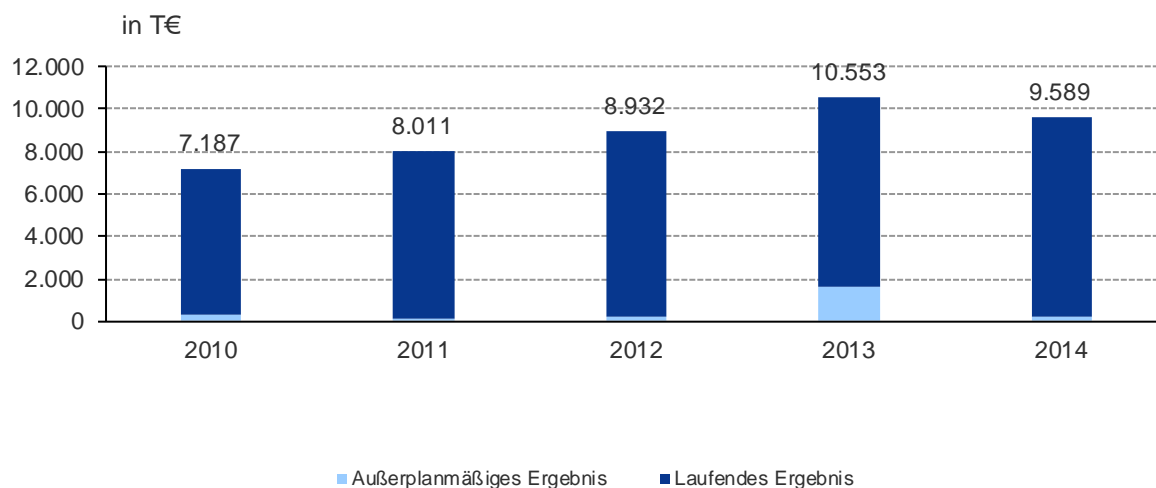
Der Anteil der Immobilien-Spezialsondervermögen an den gesamten Kapitalanlagen ging geringfügig von 3,2% auf 3,0% zurück, wobei das entsprechende Volumen zum Geschäftsjahresende unverändert gegenüber dem Vorjahr T€ 7.539 betrug.

Wie im Vorjahr stand auch im Geschäftsjahr die Sicherheit der Anlagen im Vordergrund der Kapitalanlagestrategie. Neu- bzw. Wiederanlagen wurden schwerpunktmäßig in lang laufende gedeckte Zinsanlagen mit sehr guter Bonität getätigt. Zusätzlich konnte die Bonität dadurch verbessert werden, dass gezielt Anleihen mit eher schlechteren Bonitäten aus dem Bestand veräußert wurden. Allerdings hat die andauernde Staatsschuldenkrise in Europa, wie bereits in den Vorjahren, zu einem teilweise noch vorsichtigeren Vorgehen der Ratingagenturen geführt. Zahlreiche Ratingherabstufungen im Laufe des Jahres waren die Folge. Trotzdem liegt die durchschnittliche Rating-Qualität des Zinsanlagenbestandes mit AA (gemäß Solvency II) weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anteil der direkt gehaltenen Zinsanlagen an den gesamten Kapitalanlagen stieg geringfügig von 96,8% auf 97,0%. Das Volumen der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen betrug dabei T€ 118.489 (Vorjahr T€ 121.333), das Volumen der Inhaberschuldverschreibungen T€ 122.431 (Vorjahr T€ 100.218). Die Einlagen bei Kreditinstituten sind von T€ 10.064 im Vorjahr auf T€ 4.572 zurückgegangen.

Lagebericht

Der Bestand an Vorkäufen zur langfristigen Sicherung der Zinserträge betrug am Bilanzstichtag T€21.000 (nominal). Dabei handelt es sich ausnahmslos um Vorkäufe auf Inhaberschuldverschreibungen.

Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses



Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen betrug T€9.589 nach T€10.553 im Vorjahr.

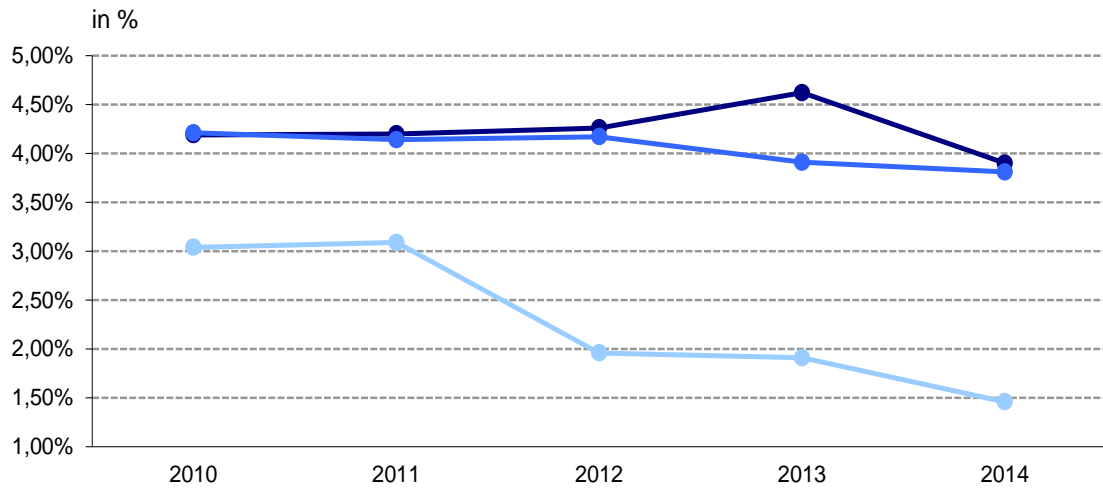
Kapitalanlageergebnis netto					
	2010	2011	2012	2013	2014
	T€	T€	T€	T€	T€
Laufende Erträge	7.218	7.986	8.838	9.039	9.480
Kosten für Vermögensverwaltung	-311	-71	-97	-106	-108
Laufendes Ergebnis	6.907	7.915	8.741	8.933	9.372
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	319	216	191	1.620	217
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	-158	0	0	0
Erträge aus Zuschreibungen	0	39	0	0	0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-39	0	0	0	0
Außerplanmäßiges Ergebnis	280	96	191	1.620	217
Kapitalanlageergebnis netto	7.187	8.011	8.932	10.553	9.589

Im Jahr 2014 konnten laufende Erträge in Höhe von T€9.480 (Vorjahr T€9.039) erwirtschaftet werden. Die laufenden Aufwendungen betragen T€108 (Vorjahr T€106).

Das außerplanmäßige Ergebnis lag bei T€217 (Vorjahr T€1.620)

Lagebericht

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins

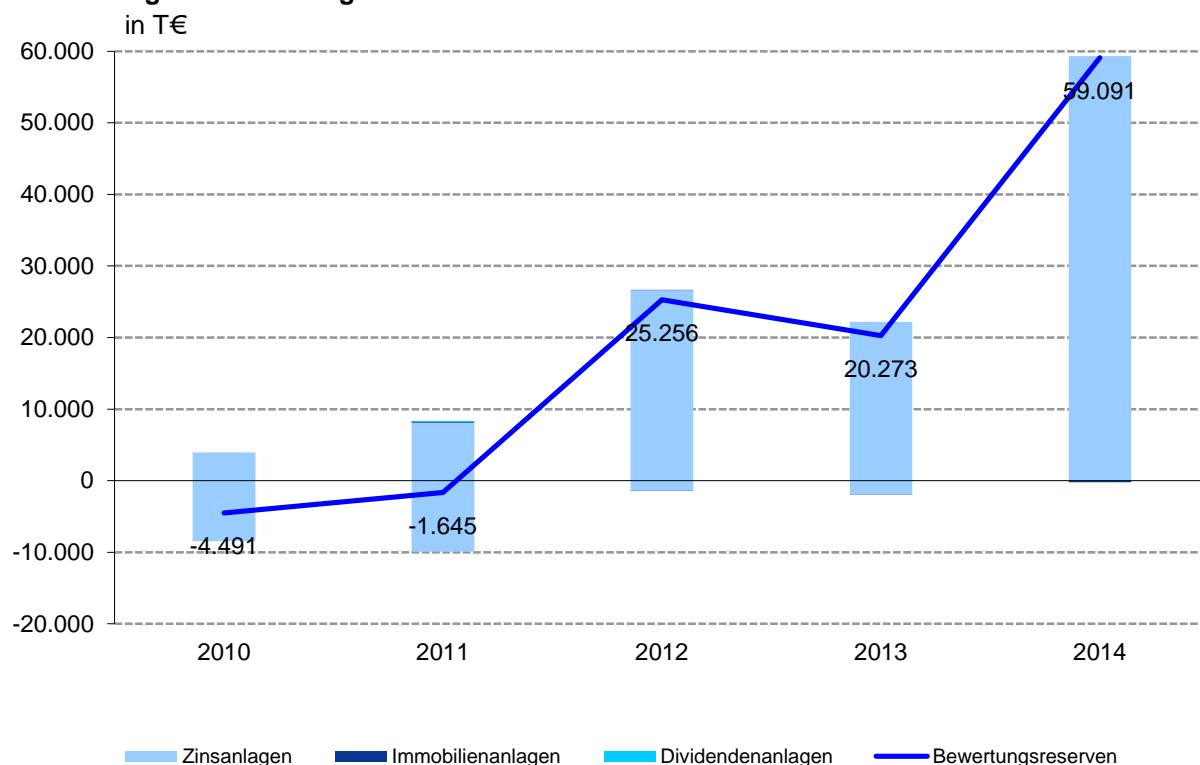


Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins					
	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverzinsung	4,19%	4,20%	4,26%	4,62%	3,90%
lfd. Durchschnittsverzinsung	4,21%	4,14%	4,17%	3,91%	3,81%
Durchschnitt 10J.EUR-Swap	3,04%	3,09%	1,96%	1,91%	1,46%

Die laufende Durchschnittsverzinsung fiel auf 3,81% (Vorjahr 3,91%), die Nettoverzinsung auf 3,90% (Vorjahr 4,62%). Die relativ hohe Nettoverzinsung des Vorjahres begründete sich in den hohen Kursgewinnen aus Zinsanlagen. Im Geschäftsjahr erhöhten sich zwar die laufenden Kapitalerträge um 4,9%, konnten aber den überproportionalen Anstieg der Kapitalanlagen nicht kompensieren.

Lagebericht

Entwicklung der Bewertungsreserven



Entwicklung der Bewertungsreserven					
	2010	2011	2012	2013	2014
	T€	T€	T€	T€	T€
Bewertungsreserven in T€	-4.491	-1.645	25.256	20.273	59.091

Die saldierten Bewertungsreserven der FAMK haben sich von T€20.273 im Vorjahr auf T€59.091 merklich erhöht. Dies ist insbesondere auf den deutlichen Zinsrückgang sowie auf die außergewöhnliche Einengung der Bewertungsaufschläge („Spreads“) in den Peripherieländern im Jahresverlauf zurückzuführen.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der Buch- und Zeitwerte sowie der Entwicklung der Kapitalanlagen befindet sich im Anhang auf Seite 49.

Die Kapitalanlagen bedecken zu 95,8% (Vorjahr 97,0%) die versicherungstechnischen Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag besteht eine Überdeckung des gebundenen Vermögens von 3,7% nach 3,9% im Vorjahr.

Lagebericht

Ergebnisquellen

Jede der Ergebnisquellen Kapitalanlagen, Risiko und Kosten hat einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Wie im Vorjahr hat das Risikoergebnis das stärkste Gewicht, auch ohne Berücksichtigung des Sicherheitszuschlags ist es positiv. Das hohe Kapitalanlageergebnis des Jahres 2013 konnte aufgrund der angespannten Lage an den Finanzmärkten nicht gehalten werden, es lieferte aber weiterhin einen wertvollen Ergebnisbeitrag.

Überschussverwendung

Der Gesamtüberschuss betrug im Geschäftsjahr T€5.486 (Vorjahr T€5.133) und kommt vollständig den Mitgliedern der FAMK zugute. Die Überschussverwendung erfolgt sowohl durch die Bereitstellung von Mitteln für Limitierungen notwendiger Beitragserhöhungen als auch durch die Zuführung zu den Rücklagen.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden T€4.486 (Vorjahr T€4.233) und dem Eigenkapital T€1.000 (Vorjahr T€900) aus dem Gesamtüberschuss zugeführt. Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung beträgt am Bilanzstichtag T€21.283 (Vorjahr T€19.724).

Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres konnten den Mitgliedern der FAMK Mittel gemäß § 12a Abs. 2 und 3 VAG in Höhe von T€772 (Vorjahr T€2.007) gutgeschrieben bzw. für sie reserviert werden.

Eigenkapital

Nach der Zuführung von T€1.000 aus dem Gesamtüberschuss beträgt das Eigenkapital am 31.12.2014 T€11.000 (Vorjahr T€10.000). Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus der Verlustrücklage gem. § 37 VAG T€4.200 (Vorjahr T€3.900) und den anderen Gewinnrücklagen T€6.800 (Vorjahr T€6.100).

Damit konnte die sehr gute Eigenkapitalausstattung der FAMK im Hinblick auf die steigenden Eigenmittelanforderungen durch das neue europäische Aufsichtsregime Solvency II erneut gesteigert werden.

Das Eigenkapital dient der FAMK als sichere Basis für die laufende Geschäftstätigkeit und damit zur dauerhaften Erfüllung der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen. Die Eigenkapitalquote gemäß dem Kennzahlenkatalog der privaten Krankenversicherungen beläuft sich am 31.12.2014 auf 23,6% (Vorjahr 21,2%) und liegt damit deutlich über dem Marktdurchschnitt. Die Eigenkapitalquote ist definiert als das Verhältnis Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen und ist ein Maßstab für die Solvabilität des Vereins. Ein hohes Eigenkapital versetzt das Unternehmen in die Lage, kurzfristige Verluste auszugleichen.

Lagebericht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Personalarbeit richtet sich konsequent an den strategischen Zielen der FAMK aus. Insbesondere der Service für die Kunden soll permanent verbessert werden.

Dies können nur gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, die die Bedürfnisse des Kunden in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen somit aktiv zum Unternehmenserfolg bei. Sie handeln freundlich, verbindlich, verständlich, kompetent, schnell und verstärken damit die Kundenbindung. Gerade für die FAMK mit ihrer stark regionalen und auf wenige Berufsgruppen fokussierten Mitgliederstruktur ist erlebbarer guter Service von besonderer Bedeutung.

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist der FAMK wichtig. Das Angebot an zahlreichen Teilzeitmodellen trägt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rechnung.

Zahlen und Fakten		
	2014	2013
Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	30	31
Anteil Frauen	72%	74%
Anteil Männer	28%	26%
Anteil Vollzeit im Innendienst	79%	73%
Anteil Akademiker	7%	7%
Alter (Durchschnitt in Jahren)	50,2	49,7
Betriebszugehörigkeit (Durchschnitt in Jahren)	16,3	16,6

Die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die geringe Fluktuationsquote zeigen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hohen Maße mit dem Verein identifizieren und ihn als attraktiven Arbeitgeber mit guten sozialen Leistungen wahrnehmen.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An dieser Stelle dankt der Vorstand ausdrücklich allen Beschäftigten für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

Lagebericht

Nachtragsbericht

Über Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nicht zu berichten.

Risikomanagement

Ziele des Risikomanagements

Die FAMK ist im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit regelmäßig einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Ziel des Vorstandes ist, diese Risiken durch eine aktive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, um die nachhaltig positive Entwicklung der FAMK dauerhaft sicherzustellen.

Die FAMK und die INTER Krankenversicherung aG bilden einen faktischen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung bilden die Unternehmen eine Organisationsgemeinschaft, um zahlreiche Aufgaben gemeinschaftlich wahrzunehmen. Hierunter fallen auch die Aktivitäten zur Identifikation, Bewertung und dauerhaften Steuerung von Risiken. Vor diesem Hintergrund ist das Risikomanagement der FAMK stark mit dem für die INTER Versicherungsgruppe installierten und bewährten Risikomanagement vernetzt.

Das umfassende, durchgängige, effektive und flexible Risikomanagementsystem der FAMK erfüllt alle geltenden rechtlichen Anforderungen im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk (VA)) und beinhaltet außerdem bereits zahlreiche Elemente des zum 01.01.2016 startenden, EU-weit einheitlichen Versicherungsaufsichtsrechts Solvency II.

Das Risikomanagementsystem der FAMK umfasst sowohl die Risikosteuerung und -überwachung als auch die regelmäßige Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung und deren Ergebnisse. Es ist sichergestellt, dass auch neue Risiken frühzeitig identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden.

Die FAMK verknüpft das Risiko- und das Unternehmenscontrolling. Um mit hoher Sicherheit ihre vertraglichen Verpflichtungen auch im Krisenfall erbringen zu können, setzt sie ein eigenes Modell ein, das gemäß der Standardformel der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) für jede Geschäftsart eine fundierte, risikogerechte Zuweisung von Risiko-/ Eigenkapital ermöglicht.

Die Methoden und Verfahren der FAMK zur risikoorientierten Unternehmenssteuerung werden ständig weiterentwickelt. Sukzessive werden weitere Bestandteile für den Risikomanagementprozess aufgebaut, die positiv dazu beitragen, dass das Unternehmen auch zukünftig die steigenden Herausforderungen eines sich immer schneller verändernden Marktes erfolgreich meistert und die Risiken aus seinen Geschäftsaktivitäten zielgerichtet steuert.

Lagebericht

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die Koordination aller Risikosteuerungsaktivitäten ist Aufgabe des Bereichs Unternehmensplanung / Risikomanagement, der auch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) übernimmt. Die URCF initiiert und koordiniert die regelmäßige Pflege und Aktualisierung der Risikokataloge, stellt die fachliche Abstimmung zu aktuellen Risikothemen sicher und fördert aktiv die laufende Weiterentwicklung der Risikokultur u.a. durch zahlreiche Veranstaltungen und die Durchführung interner Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Risikomanagement. Außerdem ermittelt die URCF in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen regelmäßig die Gesamtrisikosituation der FAMK.

Die laufende Berichterstattung zur Risikosituation der FAMK durch die URCF erfolgt an das Risikokomitee und den Vorstand, der den Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörde unterrichtet und auch die Führungskräfte der ersten Ebene informiert.

Die URCF leitet das vom Vorstand einberufene Risikokomitee. Risikokomitee-Mitglieder sind Fach- und Führungskräfte aus Bereichen mit Aufgabenschwerpunkten in der Risikosteuerung, die Verantwortlichen Aktuarien und die verantwortlichen Inhaber der vier Schlüsselfunktionen des Governance-Systems unter Solvency II: Compliance Funktion, Interne Revision, URCF und Versicherungsmathematische Funktion. Das Risikokomitee ist Mittelpunkt der zentralen Risikomanagement-Organisation der FAMK.

Im Risikokomitee erfolgt die regelmäßige Bewertung und Beratung der Risikosituation, die Entwicklung von Maßnahmen zur Steuerung der Risikosituation, die Erarbeitung von Empfehlungen von Maßnahmen an den Vorstand und nach Entscheidung das laufende Umsetzungscontrolling.

Der Vorstand ist insbesondere verantwortlich für die Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete Risikostrategie, gibt die Risikotoleranz der FAMK vor, überwacht die Einhaltung der Risikotragfähigkeit und das Risikoprofil und entscheidet bei wesentlichen risikorelevanten Ad-hoc-Ereignissen. Außerdem verantwortet er die Einrichtung und Überwachung eines wirksamen internen Kontrollsystems und legt einheitliche Leitlinien für das Risikomanagement und die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA) fest.

Zusätzlich zur zentralen Risikomanagement-Organisation verfügt die FAMK über eine dezentrale Risikomanagement-Organisation mit dezentralen Risikobeauftragten (DRB) und Arbeitskreisen zu den bereichsübergreifenden Themen Planung, Steuerung und Risikobewertung.

Durch die DRB in allen Fachbereichen der Direktion findet das spezifische Fachwissen der operativ tätigen Bereiche Eingang in das Risikomanagement. Neben der regelmäßigen Identifikation und Bewertung der Einzelrisiken beobachten die DRB laufend die Risiken in ihren Bereichen. Über die regulären Risikomeldungen hinaus haben die DRB bei Vorliegen bedenklicher Entwicklungen in den Fachbereichen die Möglichkeit einer außerordentlichen Berichterstattung an die URCF, den Vorstand und ggf. die ebenfalls betroffene Schlüsselfunktion.

Lagebericht

Die Interne Revision ist aufgrund ihrer allgemeinen Aufgabenstellung und ihrer prozessunabhängigen Position zuständig für die unternehmensinterne Überwachung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems. Sie prüft das Risikomanagement und leistet Beiträge zur Verbesserung der bestehenden Risiko- und Kontrollsysteme.

Risikostrategie

Aus den vom Vorstand festgelegten geschäftspolitischen Zielen wird die Risikostrategie abgeleitet, die sich an der vorhandenen Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der vom Vorstand gerade noch akzeptierten Ertragsvolatilität der FAMK orientiert. Mit dem Ziel der jederzeitigen Erfüllung interner und externer Ansprüche wurden vom Vorstand für die FAMK mehrere Zielgrößen festgelegt, die zur risikoorientierten Steuerung im jeweiligen Berichtszeitraum und zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit eingesetzt werden. Die Einhaltung der Zielgrößen wird laufend überwacht und in den halbjährlich erstellten Risikoberichten und dem ORSA-Bericht dokumentiert.

Prozessschritte im Risikomanagement

Risikoidentifikation

Bei der FAMK werden Risiken im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur identifiziert. Die Identifikation der Risiken erfolgt durch die DRB in den Fachbereichen, die sich an den Standorten Frankfurt und Mannheim befinden. Die Risiken werden für alle relevanten Managementprozesse nach Risikoarten sortiert und über die FAMK Risikomanagement-Software (FRS) nach einheitlichen Kriterien abgebildet. Dabei berücksichtigt die FAMK alle in den MaRisk (VA) genannten Risikokategorien. Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (VA) werden in der FRS Risikobezugsgrößen definiert sowie interne und externe Risikoursachen dargestellt.

Risikobewertung

Alle identifizierten Risiken werden von den DRB mit Hilfe unterschiedlicher Methoden wie Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldanalysen quantitativ bewertet. Risiken, die sich nicht auf Basis von langjährigen Zahlenreihen und statistischen Entwicklungen messen lassen, insbesondere operationelle Risiken, werden mittels Expertenschätzung beurteilt.

Zur Erfassung des jeweiligen Gefahrenpotenzials wird jedes Einzelrisiko in eine Matrix aus Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungshöhe eingruppiert. Das Produkt aus den beiden vorgenannten Einzelbewertungen ergibt den Erwartungswert des Risikos. Für die Klassifizierung der Risiken legt die FAMK hinsichtlich der Relevanz Wesentlichkeitsschwellen fest. Hierdurch werden Risiken herausgefiltert, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig schädigen können und deshalb erhöhter Managementaufmerksamkeit bedürfen. Seit 2014 erfolgt in der FAMK Risikomanagement-Software ORSA-konform eine Mehrjahresbetrachtung.

Lagebericht

Risikosteuerung und -überwachung

Ebenso wichtig wie die Erkennung und Bewertung von Risiken sind klare Richtlinien und Vorgaben für geeignete Gegenmaßnahmen. Die Risikosteuerung und die laufende Risikoüberwachung erfolgen in der FAMK sowohl zentral als auch dezentral. Den Vorgaben der URCF entsprechend sind die DRB für die Analyse und die Steuerung der Risiken in den operativen Geschäftsbereichen zuständig. Als Instrument zur Abbildung und zur Umsetzungsüberwachung von verabschiedeten Maßnahmen nutzen die DRB ebenfalls die FRS, die auch das Hinterlegen entsprechender Risikokennzahlen und Limite vorsieht.

Risikokapitalbedarf

Die FAMK ermittelt den Risikokapitalbedarf sowohl nach geltendem Recht (Solvency I) als auch nach zukünftigem Recht (Solvency II), analysiert die Ergebnisse, bewertet die sich hieraus ergebenden Implikationen und nutzt diese zur aktiven Risikosteuerung. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs setzt die FAMK ein eigenes quantitatives Berechnungsmodell ein, das FAMK Mehrwert-Modell. Als ganzheitliche Basis sowohl für den Planungsprozess als auch für den Risikomanagementprozess in der FAMK verknüpft das FAMK Mehrwert-Modell die regelmäßig im Hause erstellten unterjährigen Erwartungs- und Planungsrechnungen mit den Solvency II-Stressparametern und den Korrelationen gemäß EIOPA-Standardformel, um die Auswirkungen der tatsächlichen und der geplanten Geschäftsaktivitäten auf die Risiko- und Finanzsituation festzustellen. Das FAMK Mehrwert-Modell wurde im Jahr 2014 methodisch auf den aktuellen Stand des EIOPA-Standardmodells angepasst.

Berichterstattung im Rahmen der Risikoberichte

Die halbjährlich durch die URCF erstellten Risikoberichte schaffen für das Management Transparenz über die aktuelle Risikolage. Die Risikoberichterstattung erfolgt durch die URCF an den Vorstand und danach durch diesen an den Aufsichtsrat, die BaFin sowie die Führungskräfte der ersten Ebene. Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation sowie bei besonderen Schadenfällen ist eine sofortige Meldung an den Vorstand sichergestellt. Hierdurch ist gewährleistet, dass gegebenenfalls negative Trends frühzeitig erkannt und schnell Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

Berichterstattung im Rahmen der ORSA-Berichte

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung gilt als zentrales Element von Solvency II. Nach Art. 45 der Solvency II-Richtlinie ist jedes Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen zur Durchführung des ORSA verpflichtet.

ORSA ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Unternehmenssteuerung und dem Risikomanagement und bildet ein Scharnier zwischen den drei Säulen von Solvency II. Als Instrument der Selbsteinschätzung erweitert ORSA die im Unternehmen bereits installierten Risikomanagementprozesse, mit denen die Risiken des Unternehmens identifiziert, bewertet, überwacht und gesteuert werden. Gleiches gilt für die Bestimmung des risikoadäquaten Kapitalbedarfs, den das Unternehmen mit Hilfe des EIOPA-Standardmodells ermittelt. Hier untersucht ORSA,

Lagebericht

inwieweit das Standardmodell die spezifischen Risiken des Unternehmens risikoadäquat abbildet und ob das Unternehmen auch über den gesamten Planungshorizont hinaus ausreichende Eigenmittel bereitstellt, um die regulatorischen Solvabilitätsanforderungen auch über mehrere Jahre hinweg zu erfüllen. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Risikosteuerung abgeleitet.

Die Methodiken und die Ergebnisse des im Jahr 2014 erstmalig durchgeführten ORSA bei der FAMK wurden in dem von der URCF erstellten ORSA-Bericht beschrieben, welcher nach Abstimmung im Risikokomitee vom Vorstand verabschiedet und danach an den Aufsichtsrat und die BaFin übermittelt wurde.

Versicherungstechnische Risiken

Im Zusammenhang mit den versicherungstechnischen Risiken sind die Beitragskalkulation und die Risikovorsorge von zentraler Bedeutung.

Bei der FAMK werden die Beiträge mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen und den erforderlichen Sicherheiten kalkuliert, um die dauerhafte Erfüllbarkeit aller vertraglichen Verpflichtungen während der gesamten Versicherungsdauer sicherzustellen. Dabei werden für jeden Tarif zumindest jährlich die erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungsleistungen verglichen und eine Überprüfung der angesetzten Sterbewahrscheinlichkeiten durchgeführt; für die Tarife nach Art der Lebensversicherung ist dies gemäß § 12b VAG gesetzlich vorgeschrieben. Bei einer nicht nur als vorübergehend anzusehenden Abweichung werden im Zuge der erforderlichen Nachkalkulation der Beiträge dann auch die übrigen unten aufgeführten Rechnungsgrundlagen überprüft und gegebenenfalls an die geänderten Verhältnisse angepasst. Sowohl die Verantwortliche Aktuarin als auch der unabhängige mathematische Treuhänder bestätigen unter Berücksichtigung von ausreichenden Sicherheiten die Angemessenheit sämtlicher für die Kalkulation herangezogener Rechnungsgrundlagen.

Darüber hinaus werden neue Tarife der FAMK durch den mathematischen Treuhänder geprüft und erst nach dessen Unbedenklichkeitserklärung eingeführt, um das Risiko einer gesetzlichen Haftung gemäß § 12b Abs. 2 VAG zu mindern.

Krankheitskostenrisiko

Das Risiko von Verlusten oder ungünstigen Veränderungen der Versicherungsverbindlichkeiten, das aus der Veränderung der Höhe oder des Trends der Krankheitshäufigkeiten entsteht, wird als Krankheitskostenrisiko bezeichnet. Bei der Krankenversicherung ist außerdem das Risiko aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung der Ausgaben für medizinische Behandlungen zu berücksichtigen.

Die FAMK geht auch für die Zukunft von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten und einer damit einhergehenden Kosteninflation im Gesundheitswesen aus. Das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Versicherungsleistungen wird deshalb jährlich überprüft. Für das Neugeschäft und für Vertragsänderungen bestehen Annahmerichtlinien, um risikogerechte Beiträge sicherzustellen.

Lagebericht

Sterblichkeitsrisiko

Das Sterblichkeitsrisiko ist das Risiko, abweichend von den kalkulatorisch zugrunde gelegten Annahmen zu sterben.

Die Sterblichkeitsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird vom PKV-Verband fortlaufend systematisch überwacht. Veränderungen bei der Sterblichkeit führen zeitnah zu einer neuen PKV-Sterbetafel, die von der Aufsichtsbehörde veröffentlicht wird. Die FAMK verwendet bei jeder Neu- und Nachkalkulation (Beitragsanpassung) die jeweils aktuellste Fassung der jährlich veröffentlichten PKV-Sterbetafel.

Stornorisiko

Das Stornorisiko ist das Risiko von Verlusten oder Veränderungen der Verpflichtungen infolge einer Veränderung der Stornowahrscheinlichkeiten bzw. des Stornoverhaltens.

Die von der FAMK im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln werden regelmäßig überwacht und, falls notwendig, dem veränderten Stornoverhalten angepasst. Für Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung, die ab dem 01.01.2009 abgeschlossen wurden, gilt, dass beim Wechsel eines Versicherten zu einem anderen Krankenversicherungsunternehmen der Teil der Alterungsrückstellung, der dem Leistungsumfang des sog. "Basistarifs" entspricht, an das andere Unternehmen übertragen wird. Durch die Mitgabe des Übertragungswertes wird nur noch ein geringer Teil der kalkulatorischen Alterungsrückstellung an das verbleibende Kollektiv vererbt. Die FAMK verwendet zur Finanzierung des Übertragungswertes ein Berechnungsverfahren, in dem unter Berücksichtigung der veränderten Vererbung die kalkulatorischen Stornowahrscheinlichkeiten entsprechend abgesenkt werden. Für Tarife, die nicht von der Mitgabe des Übertragungswertes betroffen sind, wurde die Angemessenheit der verwendeten Stornotafeln überprüft.

Rechnungszinsrisiko

Das Rechnungszinsrisiko besteht darin, dass das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen nicht ausreicht, um die kalkulatorisch unterstellte Verzinsung zu erwirtschaften.

Der Höchstrechnungszins in der privaten Krankenversicherung für die Beitragsberechnung und die Berechnung der Alterungsrückstellung liegt gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz und Kalkulationsverordnung bei 3,5% und wurde bei der Kalkulation der geschlechtsabhängig kalkulierten Tarife (Bisex-Tarife) langjährig verwendet. Der Rechnungszins wird jährlich mittels des Verfahrens zur Ermittlung des aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) überprüft. Dieses Verfahren wurde von der Deutschen Aktuarvereinigung in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde zum Nachweis eines ausreichenden Rechnungszinses entwickelt.

Lagebericht

Aufgrund der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase wird es immer schwieriger, eine Verzinsung der Kapitalanlagen in Höhe des bisher verwendeten Rechnungszinses zu erzielen. In 2014 war eine Absenkung des Rechnungszinses für die Bisex-Tarife noch nicht angezeigt. Für die kommenden Jahre ist jedoch von einem kontinuierlichen, moderaten Absenkungsbedarf auszugehen. Für die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife (Unisex-Tarife) wurde bereits bei Tarifeinführung ein Rechnungszins deutlich unter 3,5% angesetzt. Die über den Rechnungszins hinaus erwirtschafteten Kapitalanlagerenditen werden fast vollständig zur Beitragsermäßigung im Alter verwendet.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko ist das Risiko, das aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung des Kostenergebnisses resultiert.

Die Entwicklung der Kosten wird quartalsweise überprüft. Veränderungen werden sukzessive im Rahmen von Beitragsanpassungen in der Beitragskalkulation berücksichtigt.

Risiko Geschlechterzusammensetzung bei geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen

Bei den Unisex-Tarifen werden für Männer und Frauen einheitliche Beiträge erhoben. Dadurch kann es zu einer Abweichung der tatsächlichen von der kalkulatorisch angesetzten Geschlechterzusammensetzung kommen. Bei der Ermittlung der Geschlechterzusammensetzung sind auch Tarifwechsel von den Bisex-Tarifen in die neuen Unisex-Tarife angemessen zu berücksichtigen, die zu Änderungen des jeweiligen Geschlechteranteils führen können.

Die FAMK simuliert mögliche Tarifwechselbewegungen und legt auf dieser Grundlage die kalkulatorische Geschlechterzusammensetzung mit angemessenen Sicherheiten fest.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von € 13,2 Mio. bestehen an Versicherungsnehmer und Abrechnungsstellen (Beihilfeforderungen). Zur Risikovorsorge wurden diese Forderungen mit 4,8% wertberichtigt.

Risiken aus Kapitalanlagen

Bei der FAMK, die für ihre Mitglieder die langfristige Absicherung von individuell nicht finanzierbaren Risiken übernimmt, ist Sicherheit das Kernelement der Risikostrategie. Dies stellt hohe Ansprüche an die Finanzkraft der FAMK und damit insbesondere an das Management der Kapitalanlagen.

Die interne Kapitalanlagerichtlinie gibt den Rahmen des Kapitalanlagemanagements vor. Sie beschreibt den Investmentprozess, die risikobegrenzenden Limite, die über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinaus gehen, und die Organisationsstruktur. Die grundsätzliche Ausrichtung der Kapitalanlagen ist entsprechend der Unternehmensleitlinie auf Sicherheit abgestellt.

Lagebericht

Unter dieser Vorgabe zielt sie auf eine möglichst hohe Rentabilität ab, die bei jederzeit ausreichender Liquidität und angemessener Diversifikation erreicht werden soll.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen wird kontinuierlich von mehreren Bereichen überwacht:

- Das Risikokomitee prüft die Auswirkungen von Kapitalanlageentscheidungen auf die Risikolage des Unternehmens.
- Die Unternehmensplanung hat die Erreichbarkeit der Unternehmensziele unter Berücksichtigung der Kapitalanlageergebnisse im Fokus.
- Das Kapitalanlagecontrolling überwacht die Umsetzung der strategischen Vorgaben für Kapitalanlagen und achtet auf die Einhaltung der risikobegrenzenden internen Anlagelimiten. Zusätzlich wird die Entwicklung des Portfolios laufend analysiert und darüber berichtet.
- Der Kapitalanlage-Ausschuss berät über die Ertrags- und Risikosituation des Unternehmens und trifft allgemeingültige Anlageentscheidungen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Kapitalanlage und Versicherungstechnik berücksichtigt, um die optimale Ausrichtung der Kapitalanlagestruktur zu gewährleisten.

Die konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften wird durch ein qualifiziertes Kapitalanlagemanagement, eine perspektivische Kapitalanlagepolitik und organisatorische Maßnahmen, wie die klare Trennung von Portfoliomanagement, Abwicklung und Risikocontrolling, sichergestellt. Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte werden strikt nach den dafür geltenden besonderen Bestimmungen behandelt und stehen unter ständiger Beobachtung. Sie werden zur Absicherung von Marktpreisrisiken und in Einzelfällen zur Ertragsvermehrung eingesetzt.

Investmentprozess

Der Investmentprozess ist ganzheitlich mit der Unternehmenssteuerung verknüpft. Die Kapitalanlageplanung ist in die Unternehmensplanung integriert, das Kapitalanlagecontrolling ist in die laufenden Risikomanagementverfahren eingebunden und mittels Asset-Liability-Auswertungen wird die zukünftige Unternehmensentwicklung überwacht.

Der Investmentprozess beginnt mit einer klaren Zielsetzung, die sich je nach Risikosituation des Unternehmens und je nach Einschätzung der Kapitalmärkte in einem Zielfolio widerspiegelt. Im Rahmen der Kapitalanlageplanung wird die Anlagestrategie für die kommenden Jahre erarbeitet, die zur angestrebten Struktur des Kapitalanlagebestandes führt und die gewünschten Ergebnisse erreichen kann. Die Umsetzung der Anlagestrategie in konkrete Transaktionen wird im Kapitalanlage-Ausschuss unter Teilnahme des Vorstandes, der Verantwortlichen Aktuarin, Vertretern des Kapitalanlagecontrollings, des Risikokomitees und des Asset-Managements entschieden. Die beschlossenen Transaktionen werden vorschriftgemäß durchgeführt und strikt überwacht. Das empfängerorientierte Kapitalanlagereporting berichtet zeitnah über die Entwicklung der einzelnen Risikopotenziale und stellt mittels Szenariorechnungen die zukünftigen Kapitalanlageergebnisse dar.

Grundlagen dieses Prozesses sind eine klare Organisationsstruktur und die systemtechnische Ausstattung, die speziell auf die Verwaltung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen

Lagebericht

ausgerichtet ist. Aufgrund der einheitlichen Datenbasis und einer zentralen Software für den Kapitalanlagebereich sind flexible Ad-hoc-Auswertungen jederzeit möglich.

Das FAMK Mehrwert-Modell führt das Risiko- und das Unternehmenscontrolling auf einer einheitlichen Datenbasis zusammen. Es wird unter anderem direkt von der Kapitalanlage-Software befüllt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko stellt die größte Risikoposition im Bereich der Kapitalanlagerisiken dar. Es ergibt sich aus möglichen negativen Zins- und Aktienkursänderungen sowie der Entwicklung weiterer preisbeeinflussender Faktoren, die sich auf den Zeitwert von Immobilien und Beteiligungen auswirken. Das Wechselkursrisiko kann vernachlässigt werden, da die Kapitalanlagen zu 100% in Euro investiert sind.

Der größte Teil der Kapitalanlagen der FAMK entfällt mit 95,2% auf direkt gehaltene Ausleihungen und Inhaberschuldverschreibungen. Daher kommt der Entwicklung des Zinsniveaus eine erhebliche Bedeutung zu. Die folgenden Ergebnisse der Szenarien gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS 20) bestätigen dies:

Ergebnis Stresstest nach DRS 20		
	2014	2013
	T€	T€
Aktienkursveränderung	Marktwertveränderung aktienkurssensitiver Kapitalanlagen	
+ 20%	0	0
- 20%	0	0
Zinsänderung	Marktwertveränderung zinssensitiver Kapitalanlagen	
+ 100 Basispunkte	-28.856	-19.735
- 100 Basispunkte	34.493	23.470

Wertverluste bei Zinsanlagen sind als vorübergehend zu betrachten, solange aufgrund der Bonität bei Endfälligkeit von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist. Dies ist bei Zinsanlagen mit einem Rating von mindestens BBB der Fall.

Bei den von der BaFin jährlich angeforderten Stresstests werden die Mindestanforderungen übertroffen, obwohl weder Wertsicherungskonzepte noch gegensteuernde Maßnahmen in den Berechnungen berücksichtigt werden.

Lagebericht

Um die vorhandenen Risiken zu identifizieren und zu quantifizieren, werden regelmäßig Stress-tests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Auf Unternehmensebene wird im FAMK Mehrwert-Modell die ökonomische Risikobetrachtung u.a. für die Kapitalanlagen durchgeführt. Die Berechnungsmethodik orientiert sich dabei an den Stressparametern und -korrelationen gemäß EIOPA-Standardformel zu Solvency II.

Bei einer Änderung des Kapitalmarktzinses entwickeln sich die Zeitwerte von zins sensitiven Aktiva und zinsforderndem Fremdkapital gegenläufig. Deshalb wird die Asset-Liability-Betrachtung verstärkt in den Fokus der Kapitalanlageentscheidungen gestellt.

Zum Bilanzstichtag bestanden Vorkäufe auf Ausleihungen mit einem Erfüllungsbetrag von T€22.541. Damit hat sich die FAMK das zum Zeitpunkt des Abschlusses herrschende Zinsniveau für die Dauer des Vorkaufs gesichert und dadurch zusätzliche Bewertungsreserven in Höhe von T€6.281 erwirtschaftet. Aufgrund der Ausgestaltung der Vorkäufe wird das Risiko von Zinsänderungen als nicht wesentlich eingestuft. Zum Bilanzstichtag ergaben sich keine bilanziellen Konsequenzen. Allerdings besteht das Risiko eines jeden unbedingten Termingeschäfts, dass ein Abschluss zum späteren Zeitpunkt vorteilhafter gewesen wäre als der Kauf per Termin. Vorkäufe werden durch die FAMK nur im Rahmen der aufsichtsrechtlich zulässigen Grenzen getätigt.

Bonitätsrisiko

Ausfall- und Spreadrisiken bestehen zum einen in der Gefahr, dass ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, und zum anderen in der Gefahr einer schlechteren Bonitätseinstufung des Emittenten, was einen höheren Risikoabschlag bei der Bewertung zur Folge hat. Die Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten erfolgt mittels eines Ratings einer anerkannten externen Agentur. Ausgehend von dieser Beurteilung wird in einem stringenten internen Rating-Modell für jede Einzelanlage in Abhängigkeit ihres Ranges und ihrer Besicherung eine Ratingnote ermittelt. Die Aktualisierung der Ratings erfolgt kontinuierlich. Wegen der sicherheitsorientierten Anlagepolitik handelt es sich bei einem großen Teil der Zinsanlagen um Pfandbriefe bzw. durch Einlagensicherungseinrichtungen gedeckte Emissionen. Grundsätzlich wird durch die Festlegung von Mindestratings und strengen Limiten pro Anlageart, Emittent und Kontrahent eine Konzentration gleichartiger Risikofaktoren vermieden.

Lagebericht

Zinsanlagen nach Ratingklassen*		
	2014	2013
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
AAA	33,6	39,5
AA	39,7	31,7
A	21,7	25,4
BBB	4,8	2,2
BB	0,2	1,1
B oder schlechter	0,0	0,0
Durchschnittsrating (nach Moody's WARF)	AA	AA+
Durchschnittsrating (nach Solvency II)	AA	AA

* enthält direkte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Zinsanlagen nach Anlageart*		
	2014	2013
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
Staatsanleihen/staatsgarantierte Anleihen	36,5	32,1
Pfandbriefe	57,1	59,6
Bankanleihen/-darlehen	6,2	7,4
Unternehmensanleihen/-darlehen	0,0	0,0
Nachrangsanleihen/-darlehen	0,2	0,9

* enthält direkte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Lagebericht

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko beschreibt die Gefahr von höheren Verlusten durch Zahlungsausfälle aufgrund besonders hoher Anlagevolumina bei einem Geschäftspartner. Zur Steuerung dieses Risikos wurden Obergrenzen für besicherte und unbesicherte Anlagen festgelegt, die deutlich enger gefasst sind als die aufsichtsrechtlichen Limite.

Darüber hinaus wird die Anlage pro Land in Abhängigkeit von der aktuellen Bonität und von der volkswirtschaftlichen Situation begrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die FAMK überwiegend auf dem Heimatmarkt Deutschland und in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern des EWR investiert.

Kapitalanlagen nach Land						
	Anteil Buchwert an den Kapital- anlagen in %	Buchwert in T€	Zinsanlagen			Sonstige in T€
			Staatsrisiko in T€	Pfandbriefe in T€	Unbesichert in T€	
Anteil Anlageklassen an Buchwert		100,0%	34,7%	54,4%	6,1%	4,8%
Deutschland	30,5%	77.096	14.500	42.984	7.500	12.111
Spanien	6,4%	16.284	0	16.284	0	0
Frankreich	17,7%	44.644	17.904	25.744	996	0
Großbritannien	10,2%	25.760	0	25.760	0	0
Österreich	5,7%	14.405	5.000	2.405	7.000	0
Luxemburg	4,1%	10.466	7.466	3.000	0	0
Italien	6,1%	15.440	0	15.440	0	0
Belgien	8,6%	21.839	21.839	0	0	0
Irland	1,0%	2.511	0	2.511	0	0
Niederlande	9,7%	24.587	21.100	3.487	0	0
Gesamtergebnis	100,0%	253.031	87.810	137.615	15.496	12.111

Unter besonderer Beobachtung stehen Anleihen von hochverschuldeten Staaten des Euroraums. Aufgrund der Einrichtung des europäischen Rettungsschirms wurden auf Anleihen betroffener Staaten im Anlagevermögen keine Wertberechtigungen vorgenommen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko beschreibt die Gefahr von Veräußerungsverlusten, die durch Veräußerungen bei unerwarteten Geschäftsentwicklungen vorgenommen werden müssen. Die jederzeitige Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen wird durch eine aktive Laufzeiten-Steuerung der Zinsanlagen und durch die zentrale Überwachung sämtlicher Zahlungsströme des Unternehmens in der Liquiditätsplanung sichergestellt. Die Gewährleistung unerwarteter Zahlungsverpflichtungen wird durch die Einteilung der Kapitalanlagen in Fungibilitätsklassen und der daraus resultierenden Liquiditätsquoten überwacht.

Lagebericht

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Die FAMK begegnet operationellen Risiken durch eine Vielzahl von Maßnahmen, beispielsweise mit Limitsystemen im Kapitalanlagebereich und für Leistungserstattungen, Zugriffsberechtigungen sowie umfassenden internen Kontrollen. Die wesentlichen Geschäftsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und bewertet.

Internes Kontrollsystem

Um die Identifikation, Erfassung und Bewertung der für das Interne Kontrollsystem (IKS) relevanten Risiken zu standardisieren und in die vierteljährliche Risikoinventur zu integrieren, implementiert die FAMK das IKS in die FAMK Risikomanagement-Software (FRS). Die Erfassung der bestehenden Kontrollen bzw. der geplanten Kontrollmaßnahmen durch die dezentralen Risikobeauftragten (DRB) zu den von ihnen bereits identifizierten und gemeldeten wesentlichen Risiken in der FRS erfolgt in 2015.

Compliance

Im ersten Quartal 2014 wurde die unternehmensweite Ersterfassung der Compliance-Risiken in der FRS durch die DRB fertiggestellt. Der Compliance-Beauftragte erhielt durch die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) einen Zugriff auf alle von den Fachbereichen gemeldeten Compliance-Risiken in aggregierter Form, der auch die Einsicht in die zugrundeliegenden Quellrisiken beinhaltet. In einem ausführlichen Review analysierte der Compliance-Beauftragte die identifizierten Compliance-Risiken gemeinsam mit den Fachbereichen und stellte in einigen Bereichen weitere mögliche Compliance-Risiken fest; im Falle der Einschlägigkeit wurden diese im Anschluss an das Gespräch in der FRS erfasst. Ab 2015 stellt der Compliance-Beauftragte einmal im Jahr im Rahmen einer Veranstaltung mit den DRB das Thema Compliance-Risiken vor und gibt Hinweise zu ihrer Identifizierung und Erfassung, als Basis für die entsprechende jährliche detaillierte Validierung der Compliance-Risiken.

Anti-Fraud-Management

Zur Vermeidung von Risiken wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Geldwäsche baut die FAMK seit 2013 ein Anti-Fraud-Management-System auf. Fraudgefährdete Organisationseinheiten wurden im Rahmen von Betrugs-Gefährdungsanalysen durch die Interne Revision bezüglich Fraud-Risiken sensibilisiert. Für relevante Geschäftsprozesse wurden Kontrollen definiert, die der Abwehr von rechtswidrigen Handlungen dienen bzw. risikoreduzierend wirken sollen und durch die operativen Geschäftsbereiche zu überwachen sind. Die Fraud-Risiken werden ab 2015 ebenfalls in der FRS erfasst.

Lagebericht

IT-Sicherheit

Als Ansprechpartner in den operativen Fachbereichen unterstützen die dezentralen Risikobeauftragten den IT-Sicherheitsbeauftragten bei der Umsetzung der IT-Sicherheitsmaßnahmen. Der IT-Sicherheitsbeauftragte hat einen Zugriff auf die von den DRB in der FRS erfassten IT-Sicherheitsrisiken.

Datenschutz

Das Thema Datenschutz wird von der FAMK schon immer sehr sorgfältig umgesetzt. Mit Wirkung zum 01.01.2015 ist die FAMK den Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft ("Code of Conduct") beigetreten und verpflichtet sich damit, diese Verhaltensregeln einzuhalten.

Personalplanung und -entwicklung

Um dem Risiko fachlich nicht ausreichend qualifizierter Mitarbeiter im Risikomanagementprozess entgegenzuwirken, informiert die URCF die dezentralen Risikobeauftragten quartalsweise über aktuelle Themen rund um Risikomanagement und Solvency II.

Dem Risiko personeller Engpässe wirkt die FAMK durch eine angemessene Personalausstattung entgegen, die mit Hilfe von quantitativen Personal- und Kapazitätsplanungen in den marktnahen Bereichen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit in den einzelnen Organisationseinheiten erstellt wird.

Mit einer kontinuierlichen Personalentwicklung, der Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften sowie der seit Jahren vorhandenen flexiblen Arbeitszeitgestaltung und dem Angebot von zahlreichen Teilzeitmodellen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermindert die FAMK Risiken aufgrund der demographischen Entwicklung.

Fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Gemäß den Bestimmungen des Art. 42 der Solvency II-Rahmenrichtlinie hat die FAMK einen Prozess implementiert, um die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit von Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, sicherzustellen.

Reputationsrisiko

Die FAMK begrenzt das Risiko der Ruf- und Imageschädigung des Unternehmens in der Öffentlichkeit, bei Kunden und Geschäftspartnern durch eine kontinuierliche Optimierung der Geschäftsprozesse und Qualifikation der Mitarbeiter, um Mitgliedern, Kunden und Vertriebspartnern jederzeit optimalen Service bieten zu können. Das Beschwerdemanagement hat bei der FAMK einen hohen Stellenwert.

Lagebericht

Strategisches Risiko

Strategische Risiken entstehen, wenn die Geschäftsentscheidungen nicht mit den bestehenden und den künftigen Anforderungen der Mitglieder und Kunden, den Entwicklungen des Marktes oder den sonstigen wirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen übereinstimmen. Zur Verminderung dieser Risiken findet mindestens einmal im Jahr eine Überprüfung der Geschäftsstrategie und der geschäftspolitischen Ziele statt. Außerdem wird ebenfalls mindestens jährlich die Vereinbarkeit der Risikostrategie mit der Geschäftsstrategie überprüft und die Risikostrategie bei Bedarf angepasst.

Risikotragfähigkeit und Bedeckung

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird bei der FAMK unter Beachtung der aktuellen Gesetzgebung (Solvency I) berechnet. Sie beschreibt den Grad der Bedeckung der Solvabilitätsspanne durch Eigenmittel A. Am Bilanzstichtag bestand eine deutliche Bedeckung der Solvabilitätsspanne von 392%.

Die versicherungstechnischen Passiva sind im ausreichenden Umfang durch qualifizierte Kapitalanlagen bedeckt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Risikomanagement-System der FAMK beinhaltet neben der regelmäßigen Ermittlung und Steuerung der quantitativen Risikosituation nach geltendem Aufsichtsrecht (Solvency I) und nach den zukünftig anzuwendenden europäischen Aufsichtsnormen (Solvency II) auch die laufende Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung. Es ist sichergestellt, dass auch neue Risiken identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden. Plötzlich auftretende Risiken werden über das installierte "Ad-hoc-Berichtsverfahren" an den Vorstand gemeldet. Die Instrumente zur Risikosteuerung werden kontinuierlich verfeinert. Der Vorstand der FAMK hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die maßgeblichen Risiken zu steuern und einer negativen Entwicklung des Unternehmens entgegenzuwirken.

Der Bestand der FAMK und die Interessen ihrer Mitglieder waren zu keinem Zeitpunkt im Geschäftsjahr gefährdet.

Lagebericht

Prognose- und Chancenbericht

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten des Jahres 2014 mit einem robusten Arbeitsmarkt, starkem Konsum und einer verbesserten Stimmung der Unternehmen dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen, auch getragen von einem höheren weltwirtschaftlichen Wachstum. Dies ist die zentrale Aussage der Projektionen im Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung.

Der binnenwirtschaftliche Aufwärtstrend ist vor allem auf die kräftigen realen Einkommenssteigerungen und den anhaltenden Beschäftigungsaufbau zurückzuführen.

Der von der Bundesregierung für das Jahr 2015 erwartete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5% entspricht etwa der Steigerung in 2014. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland übertrifft damit voraussichtlich wiederum das durchschnittliche Wachstum im Euroraum.

Die positive Lohn- und Beschäftigungsentwicklung erhöht die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, diese steigen im Jahr 2015 um etwa 2,7%. Der nominale Konsum nimmt in ähnlicher Größenordnung zu. Damit setzt der private Konsum den wesentlichen Impuls für die Konjunktur in Deutschland. Die Sparquote bleibt den Prognosen zufolge stabil und beträgt 9,2%.

Der Staatskonsum nimmt im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich zu, die angenommene Steigerung beträgt 1,2%.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt soll weiterhin günstig verlaufen. Die Arbeitslosenquote sinkt weiter auf 6,6%.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Solvency II

Das Jahr 2014 war branchenweit geprägt von intensiven Aktivitäten zur Vorbereitung auf das zum 01.01.2016 startende, EU-weit einheitliche Versicherungsaufsichtsrecht Solvency II. Im Mittelpunkt des neuen risiko- und prinzipienbasierten Aufsichtssystems zur Stärkung des Versicherungsschutzes steht die risikogerechte Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen. Bereits in der europaweiten Vorbereitungsphase auf Solvency II ab 01.01.2014 sind von den Unternehmen ausgewählte Solvency II-Elemente umzusetzen. Basis für die Vorbereitung auf Solvency II sind entsprechende Leitlinien der europäischen Aufsichtsbehörde (EIOPA).

Lagebericht

Die BaFin gestaltet die Vorbereitungsphase aktiv mit und begleitet die Unternehmen bei der Umsetzung der Anforderungen in den Vorbereitungsleitlinien im Rahmen eines strukturierten und dialogorientierten Verfahrens. Die EIOPA-Leitlinien wurden von der BaFin in 15 Themenblöcke zu den vier Themenbereichen der Leitlinien gruppiert:

- Anforderungen an die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement
- Vorausschauende Prüfung der unternehmenseigenen Risiken
- Vorantragsphase für interne Modelle
- Berichtswesen

Die Behandlung der Themenblöcke wurde auf die drei Halbjahre bis Mitte 2015 verteilt. Bei einigen Themenblöcken informiert die BaFin ergänzend mittels Verlautbarungen. Zu elf der 15 Themenblöcke führt die BaFin Konsultationsphasen mit dem GDV und den deutschen Versicherungsunternehmen sowie jeweils eine Sachstandsabfrage bei allen Unternehmen durch. Die Teilnahme an den Abfragen zum Umsetzungsstand ist verbindlich.

In 2014 fanden BaFin-Erhebungen zu den nachfolgend aufgeführten Themenblöcken statt:

- Beurteilung Gesamtsolvabilitätsbedarf und allgemeine Grundsätze
- Fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit
- Allgemeine Governance-Anforderungen
- Eigenmittelanforderungen und Governance-System
- Interne Kontrollen und Interne Revision
- Qualitatives und Quantitatives Berichtswesen
- Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Darüber hinaus befragte die BaFin im Herbst 2014 in einer branchenweiten, umfangreichen Studie die Lebensversicherer zur voraussichtlichen Eigenmittelsituation unter Solvency II-Bedingungen. Parallel dazu führten GDV und PKV-Verband eine entsprechende Studie für Kranken- und Schaden-/Unfallversicherer durch.

Die FAMK nimmt an allen Erhebungen und Studien teil und erfüllen bereits jetzt zentrale Aspekte der zukünftig geltenden rechtlichen Vorgaben. Die in den BaFin-Sachstandsabfragen zugesagten Aktivitäten werden fristgerecht durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Die FAMK verfolgt weiterhin konsequent ihren Projektplan zur fristgerechten Umsetzung der Solvency II-Anforderungen und implementiert sukzessive weitere Solvency II-Komponenten.

Sonstige gesetzliche Änderungen

Für Krankenversicherer wurden mit der Verabschiedung des Lebensversicherungsreformgesetzes (LVRG) am 04.07.2014 erweiterte Informationspflichten eingeführt. Die Unternehmen müssen ab dem Jahr 2015 vor Vertragsabschluss neben den einkalkulierten Abschluss- auch die einkalkulierten Verwaltungskosten angeben, während sie bislang neben den Abschlusskosten lediglich über die "übrigen einkalkulierten Kosten" informieren mussten. Zudem sind die Verwaltungskosten nun auch im Produktinformationsblatt anzugeben.

Die FAMK hat alle zur Umsetzung der erweiterten Informationspflichten erforderlichen Vorbereitungen im Jahr 2014 erfolgreich abgeschlossen.

Lagebericht

Branchentrends

Die Branche der privaten Krankenversicherer sieht für das Jahr 2015 zahlreiche positive Impulse für bessere Wachstumschancen in der Vollversicherung. Hierzu zählen Qualitätsverbesserungen in den Tarifen, moderate Beitragsanpassungen und der von vielen Unternehmen für das Jahr 2016 angekündigte erleichterte Tarifwechsel, der das Image für potentielle PKV-Neueinsteiger verbessert. Auch die kassenindividuellen Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen von durchschnittlich 0,9% motivieren voraussichtlich bisher gesetzlich Versicherte zum Wechsel in die PKV. Die betriebliche Krankenversicherung gilt ebenfalls als Motor für die positive Entwicklung der PKV in 2015.

Stützende Impulse sollten außerdem von der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte ausgehen.

Bei der Pflegefallvorsorge bleibt auch nach Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes I zum 01.01.2015, das eine grundsätzliche Steigerung aller Leistungsbeträge der gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung um 4% vorsieht, eine zusätzliche Absicherung in Form einer privaten Pflegezusatzversicherung unabdingbar.

Insgesamt erwartet der PKV im Jahr 2015 in der privaten Krankenversicherung eine mindestens stabile Beitragsentwicklung.

Geschäftstendenzen

Neugeschäftsentwicklung

Die FAMK erwartet im Jahr 2015 einen leicht steigenden Neuzugang.

Bestandsentwicklung

Die FAMK rechnet im Jahr 2015 mit einem leichten Bestandsrückgang in der Krankheitskostenvollversicherung.

Beitragseinnahmen

Für das Jahr 2015 geht die FAMK von steigenden Beitragseinnahmen aus.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Im Jahr 2015 erwartet die FAMK leicht steigende Leistungsausgaben.

Verwaltungsaufwendungen

Die FAMK rechnet im Jahr 2015 mit einer Verwaltungskostenquote von etwas über 3%.

Lagebericht

Kapitalanlagen

Auch im Jahr 2015 stellt das Kapitalanlagemanagement eine große Herausforderung dar. Es erfordert weiterhin ein umsichtiges und überwiegend risikovermeidendes Handeln. Die FAMK wird ihre sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie konsequent fortsetzen und dabei zur Aufrechterhaltung einer angemessenen und nachhaltigen laufenden Verzinsung des Kapitalanlagebestandes wiederum schwerpunktmäßig in langlaufende gedeckte Zinsträger mit sehr guter Bonität investieren, wobei ein großer Teil des Anlagevolumens für 2015 bereits über entsprechende Vorkäufe mit attraktiver Verzinsung abgedeckt ist.

Trotz der auch für das Jahr 2015 prognostizierten hohen Volatilität an den Kapitalmärkten erwartet die FAMK eine Nettoverzinsung von etwas unter der des Jahres 2014.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter bei der FAMK in der Direktion in Frankfurt wird im Jahr 2015 auf dem Vorjahresniveau bleiben.

Ergebnis

Die FAMK erwartet im Jahr 2015 einen über dem Vorjahr liegenden Gesamtüberschuss der zur weiteren Stärkung der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung und des Eigenkapitals verwendet werden soll.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen.

Lagebericht

Zusammenfassung

Die FAMK ist mit eigens auf den beihilfeberechtigten Kundenkreis zugeschnittenen Produkten und Serviceleistungen gut auf mögliche Herausforderungen vorbereitet, die sich durch branchenweite Entwicklungen ergeben können. Im Fokus stehen für die FAMK auch zukünftig die persönliche Betreuung ihrer Kunden vor Ort und die Nähe zu den Mitgliedern und deren Kollegen.

Die guten Geschäftsergebnisse der letzten Jahre bestätigen eindrucksvoll die solide Entwicklung der FAMK.

Frankfurt am Main, den 26.03.2015

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Jahresabschluss

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13		16
B. Kapitalanlagen				
I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		7.539		7.539
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		122.431		100.218
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	72.889			73.233
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	45.600			48.100
		118.489		121.333
4. Einlagen bei Kreditinstituten		4.572		10.064
			253.031	239.154
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer		28		75
II. Sonstige Forderungen		715		688
			743	763

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		130		164
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.934		368
III. Andere Vermögensgegenstände		16.251		13.538
			18.315	14.070
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.751		4.521
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		37		42
			4.788	4.563
Summe der Aktiva			276.890	258.567

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Mannheim, den 26.03.2015

Der Treuhänder
Eberwein

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital					
I. Gewinnrücklagen					
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			4.200		3.900
2. Andere Gewinnrücklagen			6.800		6.100
				11.000	10.000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag		234.040			217.514
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			234.040		217.514
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		7.600			8.200
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			7.600		8.200
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung					
1. erfolgsabhängige					
a) Bruttobetrag	21.283				19.724
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft	0				0
		21.283			19.724
2. erfolgsunabhängige					
a) Bruttobetrag	1.102				1.208
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft	0				0
		1.102			1.208
			22.385		20.931
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag		6			6
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			6		6
				264.032	246.651

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
C. Andere Rückstellungen					
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			0		0
II. Sonstige Rückstellungen			380		389
				380	389
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber					
1. Versicherungsnehmern			272		251
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			12		12
III. Sonstige Verbindlichkeiten			1.020		1.074
davon:					
aus Steuern T€21 (Vj. T€21)					
				1.303	1.338
E. Rechnungsabgrenzungsposten				174	189
Summe der Passiva				276.890	258.567

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f HGB sowie nach § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Mannheim, den 26.03.2015

Die Verantwortliche Aktuarin
Rodrig, Dipl. Wirtschaftsmathematikerin

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		46.654		47.162
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		60		60
			46.595	47.102
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.179	309
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		9.480		9.039
b) Erträge aus Zuschreibungen		0		0
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		217		1.620
			9.697	10.659
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			5	1
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	33.890			31.259
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		33.890		31.259
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-600			1.500
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		-600		1.500
			33.290	32.759
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	16.526			14.775
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		16.526		14.775
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0		0
			16.527	14.775
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		4.486		4.233
b) erfolgsunabhängige		147		420
			4.633	4.654

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	684			713
b) Verwaltungsaufwendungen	1.675			1.518
		2.359		2.231
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückde- ckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0		0
			2.359	2.231
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- aufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		108		106
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0		0
			108	106
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			97	82
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.461	3.464
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		25		35
2. Sonstige Aufwendungen		986		2.149
			-961	-2.114
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.501	1.350
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			501	450
5. Jahresüberschuss			1.000	900
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		300		300
b) in andere Gewinnrücklagen		700		600
			1.000	900
7. Bilanzgewinn			0	0

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten nach Abzug linearer Abschreibungen bewertet.

Kapitalanlagen

Die ausgewiesenen Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip) dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn, voraussichtlich dauernde Wertminderungen erforderten entsprechende Abschreibungen. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen erfolgte zum Nennwert abzüglich Tilgungen. Die bei Auszahlung von Namensschuldverschreibungen sich ergebenden Disagio- bzw. Agiobeträge wurden passiv bzw. aktiv abgegrenzt und zeitanteilig verteilt. Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen ohne laufende Zinszahlung (Zeros) erfolgte mit den Anschaffungskosten zuzüglich der anteilig auf das jeweilige Geschäftsjahr entfallenden Zinsansprüche (Aufzinsung). Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte unter Berücksichtigung der in 2009 veröffentlichten Verlautbarung der BaFin und des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Wertberichtigungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Sämtliche als uneinbringlich erkannten Forderungen wurden abgeschrieben.

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Sachanlagen erfolgte die Abschreibung linear über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die im Geschäftsjahr zugegangenen geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden in voller Höhe abgeschrieben. In den Vorjahren wurden geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten € 150,00 (netto) nicht überstiegen, gemäß § 6 Abs. 2a EStG im Geschäftsjahr in voller Höhe abgeschrieben, während bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als € 150,00 bis zu € 1.000,00 (netto) in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt wurden und über fünf Jahre linear abgeschrieben werden.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand wurden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten (Auszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen) bewertet. Zur Berücksichtigung der zeitverzögerten Realisation wurde eine Pauschalwertberichtigung für die entgangene Verzinsung gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen, die auf das Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden zeitanteilig mit dem Nominalwert bewertet. Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Aktive latente Steuern

Zum 31.12.2014 errechneten sich künftige Steuerentlastungen saldiert aus abweichenden Wertansätzen im Wesentlichen bei den Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und bei den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 26. Der Berechnung lag ein Steuersatz von 31,93% zugrunde.

Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, wurde zum 31.12.2014 kein Bilanzposten angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Innerhalb der Deckungsrückstellung wurde die kalkulatorische Alterungsrückstellung nach der prospektiven Methode als Barwert der künftigen Versicherungsleistungen, vermindert um den Barwert der künftigen Rückstellungsbeiträge, nach Maßgabe der technischen Berechnungsgrundlagen ermittelt. Darüber hinaus umfasst die Deckungsrückstellung Zuschreibungen gemäß § 12a Abs. 2 und § 12a Abs. 4a VAG, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen. Dieser Anteil wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt.

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in Übereinstimmung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) gebildet. Sie beinhaltet auch die Schadenregulierungsaufwendungen. Diese wurden in Anlehnung an den Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 02.02.1973 pauschal ermittelt auf der Grundlage des Verhältnissatzes von Schadenregulierungsaufwendungen zu Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde aufgrund der Bestimmungen des § 12a Abs. 3 VAG ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird die Stornorückstellung ausgewiesen. Sie wurde auf Basis eines modifizierten Berechnungsverfahrens einheitlich mit 7,0% (Vorjahr 6,5%) der Summe der negativen Anteile der Alterungs- und Sterbegeldrückstellungen in Ansatz gebracht.

Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen bestehen lediglich aus Gehaltsumwandlung. Sie wurden mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bewertet und mit dem Aktivwert dieser Vermögensgegenstände gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet, da diese durch die Abtretung der Versicherungsleistungen an die Mitarbeiter dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind.

Die sonstigen Rückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und bei Laufzeiten von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die anderen Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Außerbilanzielle Geschäfte

Vorkäufe von Ausleihungen wurden nach finanzmathematischen Grundsätzen mit anerkannten Renditeformeln einzeln bewertet.

Währungsumrechnungen

Für das in fremder Währung abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen in der jeweiligen ausländischen Währung geführt. Zur Erstellung des Jahresabschlusses wurden diese Posten gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages in Euro umgerechnet.

Anhang – Angaben zur Bilanz

AKTIVA - ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A. UND B. IM GESCHÄFTSJAHR 2014

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen ¹⁾	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16	0	0	0	0	3	13
2. Summe A.	16	0	0	0	0	3	13
B. Kapitalanlagen							
I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.539	0	0	0	0	0	7.539
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	100.218	32.064	0	9.950	99	0	122.431
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	73.233	3.000	0	3.500	156	0	72.889
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	48.100	0	0	2.500	0	0	45.600
4. Einlagen bei Kreditinstituten	10.064	0	0	5.492	0	0	4.572
5. Summe B.I.	239.154	35.064	0	21.442	255	0	253.031
Insgesamt	239.171	35.064	0	21.442	255	3	253.044

¹⁾ davon Zerozinszuschreibungen von T€ 255

Anhang - Angaben zur Bilanz

Aktiva

Zu B. Kapitalanlagen

I. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der gesamte unter dieser Bilanzposition ausgewiesene Wertpapierbestand wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. In diesem Posten sind Spezialfonds mit einem Buchwert von T€7.539 (Vorjahr T€7.539) enthalten, deren Zeitwert unter dem Buchwert lag. Der Verein geht davon aus, dass diese stillen Lasten von T€196 (Vorjahr T€28) nicht dauerhaft sind. Deshalb wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurden keine Geschäfte in freistehenden derivativen Finanzinstrumenten getätigt.

I. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Gesamtbestand in Höhe von T€122.431 (Vorjahr T€100.218) wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei allen Inhaberschuldverschreibungen in diesem Posten lagen am Bilanzstichtag die Zeitwerte über den entsprechenden Buchwerten. Die Vorkäufe über Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von T€21.000 (nominal) wurden mit den zum Bewertungsstichtag herrschenden laufzeitkongruenten Swapzinssätzen unter Berücksichtigung der Kreditqualität der jeweiligen Schuldner analog zur Bewertung der sonstigen Ausleihungen bewertet. Es ergab sich für die Vorkaufsrechte ein Zeitwert in Höhe von T€28.821.

Anhang - Angaben zur Bilanz

Zeitwerte der Kapitalanlagen				
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	2014	2014	2013	2013
	T€	T€	T€	T€
B. I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.539	7.343	7.539	7.511
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	122.431	154.683	100.218	109.149
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	72.889	92.286	73.233	82.982
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	45.600	53.238	48.100	49.723
4. Einlagen bei Kreditinstituten	4.572	4.572	10.064	10.064
5. Summe B.I.	253.031	312.123	239.154	259.428
B. Kapitalanlagen	253.031	312.123	239.154	259.428
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	184.031	224.782	169.654	180.166
davon zum Nennwert bilanziert	69.000	87.341	69.500	79.262
davon Finanzinstrumente wie Anlagevermögen bewertet (§ 285 Nr. 18 HGB)	179.459	220.209	159.590	170.102
davon mit stillen Lasten	7.539	7.343	45.756	44.337

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Bei Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die an einer Börse notieren, wurden die Zeitwerte mit dem Jahresultimo-Börsenkurs angesetzt.

Die Zeitwerte der Anteile oder Aktien an Investmentvermögen entsprechen den offiziellen Rücknahmepreisen der Kapitalanlagegesellschaften.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt. Als Grundlage der Bewertung dienten laufzeitkongruente Swapzinsätze unter Berücksichtigung der Kreditliquidität der jeweiligen Schuldner. Diese wurden in Klassen eingeteilt und mit den auf der nachfolgenden Seite dargestellten Risikoanschlägen versehen.

Anhang - Angaben zur Bilanz

Risikoaufschläge* bei der Ermittlung der Zeitwerte	
Staatsanleihen	
Belgien	+39
Deutschland	+10
Frankreich	+33
Luxemburg	-6
Österreich	+13
Slowakei	+71
Spanien	+118
Rest	+100
Pfandbriefe	
Australien	+23
Belgien	+7
Dänemark	+12
Deutschland	+4
Finnland	+5
Frankreich	+19
Großbritannien	+21
Irland	+23
Italien	+51
Kanada	+5
Luxemburg	+15
Neuseeland	+7
Niederlande	+4
Norwegen	+11
Österreich	+12
Portugal	+48
Schweden	+7
Schweiz	+18
Skandinavien	+9
Spanien Single Cedulas	+69
Spanien Multi Cedulas	+119

Anhang - Angaben zur Bilanz

Risikoaufschläge* bei der Ermittlung der Zeitwerte	
USA	+12
Unternehmensdarlehen, vorrangig	
Banken Deutschland	+39
Banken Österreich	+48
Banken Rest	+61
Versicherungen	+72
Sonstige	+80
Unternehmensdarlehen, nachrangig	
Banken, Versicherungen	
Lower Tier II	+183
Upper Tier II	+249
Tier I	+230
Sonstige Darlehen	+200
Hypotheken	+50

* Basispunkte

Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Andere Vermögensgegenstände

Der Ausweis betrifft Vorauszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen für Versicherungsnehmer. Die Rückzahlung der Vorauszahlung erfolgt durch den abgetretenen Zahlungsanspruch auf Beihilfeleistungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften.

Anhang - Angaben zur Bilanz

Nach der Art der Auszahlung bzw. den Zahlungsempfängern gliedert sich der Bilanzposten wie folgt:

Andere Vermögensgegenstände		
	2014	2013
	T€	T€
Beihilfeforderungen	12.861	12.213
Forderungen an Abrechnungsstellen	3.690	1.625
	16.551	13.838
Pauschalwertberichtigung auf sonstige Beihilfeträger	-300	-300
	16.251	13.538

Bei dem Ausweis der Beihilfeforderungen im Vorjahr in Höhe von T€ 12.213 waren Rückforderungsansprüche von T€ 1.102 verrechnet worden.

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft mit T€ 19 Agien auf Namensschuldverschreibungen.

Außerbilanzielle Geschäfte

Es wurden Vorkäufe mit einem Nennwert von T€ 21.000 und einer Verpflichtung von T€ 22.541 getätigt. Sie waren als schwebende Geschäfte von Inhaberschuldverschreibungen nicht zu bilanzieren. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag T€ 28.821.

Anhang - Angaben zur Bilanz

PASSIVA

Zu A. Eigenkapital

Gewinnrücklagen			
		2014	2013
		T€	T€
1.	Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
	Stand am 01.01.	3.900	3.600
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	300	300
	Stand am 31.12.	4.200	3.900
2.	Andere Gewinnrücklagen		
	Stand am 01.01.	6.100	5.500
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	700	600
	Stand am 31.12.	6.800	6.100
	Stand am 31.12.	11.000	10.000

Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen		
	2014	2013
	T€	T€
Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	264.032	246.651
davon		
- Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	7.600	8.200

Bei der Bewertung der Teilrückstellung für Versicherungsleistungen wurden Regressforderungen in Höhe von T€700 (Vorjahr T€477) verrechnet.

In der Dotierung der Deckungsrückstellung ist ein Betrag von T€8 (Vorjahr T€1) für Übertragungswerte aus den zum 31.12.2014 abgehenden Verträgen enthalten.

Anhang - Angaben zur Bilanz

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrück- erstattung

Rückstellung						
		Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrück- erstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Gesamt	davon Poolrelevante RfB aus der PPV	Poolrelevante RfB aus der PPV	Beitrag gemäß § 12a Abs. 3 VAG	Sonstiges
		(a)	(b)	(c)	(d)	(e)
		T€	T€	T€	T€	T€
1.	Bilanzwerte Vorjahr	19.724	0	0	1.208	0
2.	Entnahme zur Verrechnung	2.927	0	0	253	0
3.	Zuführung	4.486	0	0	147	0
4.	Bilanzwerte Geschäftsjahr	21.283	0	0	1.102	0
5.	Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG:				772	

Anhang - Angaben zur Bilanz

Zu C. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
	2014	2013
	T€	T€
Erfüllungsbetrag aus Zusagen aus Gehaltsumwandlung	5	0
	5	0
Erhöhung der Pensionsverpflichtung aus Gehaltsumwandlung zu Verrechnung	1	0
	6	0
davon mit Aktivwerten der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen verrechenbar	6	0
	0	0

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position enthält ausschließlich Disagien auf Namensschuldverschreibungen.

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

Gebuchte Bruttobeiträge			
		2014	2013
		T€	T€
aa)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Einzelversicherungen	46.654	47.162
	- Gruppenversicherungen	0	0
		46.654	47.162
bb)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Laufenden Beiträgen	46.654	47.162
	- Einmalbeiträgen	0	0
		46.654	47.162
cc)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Krankheitskostenvollversicherungen	46.654	47.162

In den gebuchten Bruttobeiträgen sind T€3.112 (Vorjahr T€3.055) gesetzlicher Zuschlag gemäß § 12 Abs. 4a VAG enthalten.

In der Krankheitskostenvollversicherung sind am 31.12.2014 28.409 (Vorjahr 28.705) natürliche Personen versichert.

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
	2014	2013
	T€	T€
a) Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	2.927	309
b) Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	253	0
	3179	309

Zu 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen)

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
	2014	2013
	T€	T€
Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden		
a) Gezahlt	26.058	24.396
b) Zurückgestellt	7.600	8.200
Ergebnis aus der Abwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des Vorjahres (+ = Gewinn / - = Verlust)	368	-163
	33.290	32.759

Rückversicherungssaldo

Der Saldo des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4b RechVersV betrug T€ -60 (Vorjahr T€ -60).

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

Sonstige Aufwendungen		
	2014	2013
	T€	T€
a) Beihilfeabwicklungskosten	692	1.763
b) Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	288	294
c) Sonstige Abschreibungen	4	0
d) Sonstige Zinsaufwendungen	1	20
e) Übrige nicht versicherungstechnische Aufwendungen	1	71
	986	2.149

Rückgedeckte Pensionszusagen		
	2014	2013
	T€	T€
Zu-/Abschreibungen auf die Rückdeckungsversicherungen	6	0
Beiträge zu Rückdeckungsversicherungen	6	0
Aufwand aus korrespondierenden Zusagen gegen Gehaltsumwandlung	4	0
Nach Verrechnung mit dem Nettoergebnis verbleibender Ertrag/Aufwand	5	0

Zinsen aus der Ab- und Aufzinsung

Das Jahresergebnis wurde durch die Aufzinsung in Höhe von T€0,3 aus langfristigen Rückstellungen beeinflusst, während durch die Abzinsung keine Ergebniseffekte zu verzeichnen waren.

Anhang – Persönliche Aufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter			
		2014	2013
		T€	T€
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	232	176
2.	Löhne und Gehälter	1.422	1.413
3.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	314	303
4.	Aufwendungen für Altersversorgung	18	10
5.	Aufwendungen insgesamt	1.986	1.902

Anzahl Mitarbeiter

Die Anzahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Mitarbeiter betrug im Geschäftsjahr durchschnittlich 30 Personen (Vorjahr 31). Diese sind ausschließlich im Innendienst beschäftigt.

Bezüge der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen T€ 18 (Vorjahr T€ 18). An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden T€ 0 (Vorjahr T€ 0) gezahlt.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen T€ 66 (Vorjahr T€ 78).

Honorar des Abschlussprüfers

(inklusive Nebenkosten, ohne Umsatzsteuer)

Honorar des Abschlussprüfers			
		2014	2013
		T€	T€
1.	Abschlussprüferleistung	59	58
2.	Steuerberatungsleistungen	7	6

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die FAMK ist über die Mitgliedschaft im Verband der privaten Krankenversicherer mittelbar Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt von den Krankenversicherungsunternehmen im Sicherungsfall zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus übernommenen Krankenversicherungsverträgen Sonderbeiträge bis zu 2‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag ergab sich eine Eventualverbindlichkeit von T€ 528. Bisher erfolgte keine Inanspruchnahme.

Aus Vorkäufen bestehen Abnahmeverpflichtungen im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von nominal T€ 21.000.

In der Bilanz sind weder Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren, noch Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, enthalten. Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und nennenswerte finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Angaben zu den Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahe stehenden Unternehmen zählen die INTER Kranken, die mit der FAMK einen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG bildet, sowie die mit der INTER Kranken verbundenen Unternehmen.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und die leitenden Angestellten der ersten Führungsebene unter dem Vorstand sowie die nahen Familienangehörigen.

Zwischen den nahe stehenden Unternehmen bestehen ein Organisationsgemeinschaftsvertrag und diverse Generalagentur-, Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge, wobei ganz überwiegend die INTER Kranken Dienstleistungen für die Konzernunternehmen erbringt und in geringem Umfang erhält. Die Dienstleistungen werden überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktüblichen Preisen oder im Wege der sachgerechten Kostenteilung abgerechnet.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Versicherungsverträge. Hierbei erhalten nahe stehende Personen Versicherungsschutz zu für Mitarbeiter von Finanzdienstleistern geltenden Konditionen und Mitarbeiterkonditionen bei Bausparverträgen. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen.

Verbände

Das Unternehmen ist u. a. Mitglied des Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Köln.

Mitglieder unserer Organe

Mitgliedervertretung	
Döring, Hans-Joachim	Polizeihauptkommissar a.D., Frankfurt am Main
Frank, Karl-Heinz	stv. Amtsleiter Branddirektor Frankfurt Ltd. BD, Alzenau
Hefner, Günter	Ministerialdirigent, Leiter Zentralabteilung, Heimbuchenthal
Koch, Michael	Kriminalhauptkommissar i.R., Niedernhausen
Küchler, Heinz	Brandamtsrat i.R., Frankfurt am Main
Meireis, Rolf	Leitender Ministerialrat, Wiesbaden
Pogantke, Thomas	Brandamtman, Maintal
Prochnow, Klaus	Erster Polizeihauptkommissar, Geisenheim
Weidlich, Horst	Polizeihauptkommissar a.D., Oberursel
Weinheimer, Andreas	Brandoberamtsrat, Bad Vilbel

Aufsichtsrat	
Frerichs, Peter	Polizeipräsident a.D., Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas, Peter	vorm. Vorsitzender der Vorstände der INTER Versicherungen, Jesteburg, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Burlon, Silvio	Direktor der hessischen Landesfeuerweherschule, Kassel
Gordt, Claudia	Rechtsanwältin und Notarin, Viernheim, bis 20.05.2014
Dr. med. Imgrund-Koch, Sabine	Fachärztin für Gynäkologie, Aschaffenburg, bis 20.05.2014
Winterbauer, Gerhard	Direktor i.R., Birkenau, bis 20.05.2014

Vorstand	
Kreibich, Matthias	Ludwigshafen
Schillinger, Michael	Mannheim

Prokuristen, Verantwortlicher Aktuar, Abschlussprüfer und Treuhänder

Prokuristen	
Buchwald, Mark	
Ernst, Bernadette, seit 01.04.2014	
Fischer, Klaus	
Krämer, Johannes	
Rodrig, Svenja, seit 01.04.2014	
Wolf, Joachim	
Verantwortliche Aktuarin	
Rodrig, Svenja	Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin, Troisdorf, seit 01.05.2014
Fink, Ulrike	Dipl.-Mathematikerin, Karlsruhe, bis 30.04.2014
Abschlussprüfer	
RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Hamburg
Treuhänder für das Sicherungsvermögen	
Eberwein, Jürgen	Plankstadt

Frankfurt am Main, den 26.03.2015

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der FREIE ARZT- UND MEDIZINKASSE der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 13. April 2015

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Schärtl
Wirtschaftsprüfer

Förg
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat ließ sich im Jahr 2014 über die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsführung und die finanzielle Situation des Unternehmens vom Vorstand umfassend schriftlich und mündlich berichten. Zudem wurden in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen alle wichtigen geschäftspolitischen Ereignisse eingehend besprochen und dabei vom Vorstand alle Fragen erschöpfend beantwortet.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2014 wurden durch den vom Aufsichtsrat bestimmten Abschlussprüfer, RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, sodass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat zu den Prüfungsergebnissen keine Bemerkungen zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den ihm vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft; er erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2014, der damit festgestellt ist.

Frankfurt, den 20.05.2015

Freie Arzt- und Medizinkasse

der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Der Aufsichtsrat

Frerichs

Vorsitzender